Nr. 62 — Halle a. S., Dienstag den 14. März 1911 — 22. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumerando frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Ein Korruptionsfonds.

Aus der Budgetkommission des Reichstags wird uns geschrieben:

Kleine Ursachen, große Wirkungen: diese Wahrheit haben die Zentrumsvertreter der Budgetkommission des Reichstags erfahren, als sie beim Kapitel Reichsamt des Innern beantragten, die Ausgaben „für die Hebung des Kaliabsatzes" sollten wenigstens einigermaßen spezialisiert werden.

Auf Grund des Reichskaligesetzes vom 1. Mai 1910 wird für jeden Doppelzentner Kali eine Abgabe von 0,60 Mk. für die Reichskasse erhoben (§ 27 des Gesetzes) und es erscheinen deshalb zum ersten Male 4 800 000 Mark als Einnahme im Etat des Reichsamts des Innern. Das Reichsamt des Innern hat diese Summe ohne nähere Spezialisierung in die Ausgaben eingestellt. Die Zentrumsabgeordneten beantragten deswegen, 950 000 Mark „zur Hebung des Kaliabsatzes" auf drei besonders angeführte Ausgabeposten zu buchen und den Rest von 3 850 000 Mk. — — ja wohin mit dem Rest?! Das war die „brennende" Frage.

Das Kaligesetz bestimmt im § 27, daß die betreffenden Abgaben zur Deckung der Ausführungskosten des Gesetzes und zur Propaganda für die Hebung des Kaliabsatzes verwendet werden sollen. Dieser Wortlaut unterstützt die Auffassung, daß die Abgaben nicht für allgemeine Reichszwecke verwendet werden dürfen. Wenn man aber mit den Abgg. Speck und Erzberger annimmt, daß ein Spezialgesetz durch ein allgemeines Finanzgesetz abgeändert werden kann, oder wenn man mit den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern aus der Geschichte des § 27 die Berechtigung für eine allgemeine Verwendung der Gelder herleitet, gewinnt das Reich für allgemeine Zwecke alljährlich eine Einnahme von mehreren Millionen. Unsere Genossen wiesen nach, daß alle Schwierigkeiten vermieden worden wären, wenn man bei der Gesetzesberatung die sozialdemokratischen Anträge angenommen hätte, nach denen die Kaliindustrieabgaben auch für die Reichsfinanzen nutzbar gemacht werden sollten. Die Mehrheitsparteien sind seinerzeit nicht darauf eingegangen; es gelang nur, dem Gesetze den sozialdemokratischen Antrag einzufügen, nach dem die Einnahmen und Ausgaben auf Grund des § 27 des Kaligesetzes im Reichshaushalt aufzuführen sind. Wäre dieser sozialdemokratische Antrag nicht angenommen worden, hätte der Reichstag überhaupt kein Kontrollrecht über die vereinnahmten Millionen. In diesem Jahre verfügt die Regierung nach ihrer Angabe über 4 800 000 Mk. Einnahme aus den Kaliabgaben in Wirklichkeit wird sich die Summe auf mindestens 5 320 000 Mk. belaufen, denn der Kaliabsatz für 1911 ist vor kurzem von der Verteilungsstelle auf 9 019 400 Doppelzentner festgestellt worden. Auf Grund dieser Angabe beantragten die Sozialdemokraten im Etat die Summe von 5 420 000 Mk. als Bruttoeinnahme einzustellen.

Allerdings ist diese Summe nach dem Wortlaute des Gesetzes nicht als allgemeine Reichseinnahme aufzufassen; aber mindestens hat der Reichstag die Verausgabung zu kontrollieren. Wer erhält das Geld? Wie wird seine Verwendung kontrolliert? Diese brenzlichen Fragen wurden durch den Zentrumsantrag angeschnitten und die Folge waren lebhafte und interessante Debatten in der Budgetkommission. Diese Debatten sind noch nicht zum Abschluß gekommen, trotzdem ist ihr bisheriges Resultat für unsere innerpolitischen Zustände außerordentlich kennzeichnend.

Die Zentrumsabgeordneten Speck und Erzberger gingen in der ersten Sitzung wegen der mangelhaften Etatsaufstellung sehr resolut gegen die Regierung vor. Erzberger erklärte rund heraus, es bestehe die Gefahr, daß ein Korruptionsfonds, ein Fonds für Schmiergelder eingerichtet werde, wenn der Reichstag keine Spezialisierung der Ausgaben vornehme. Die Regierung habe keine besonderen Vorschläge gemacht, obgleich ihr die Zentrumsanträge längst bekannt seien. Gegen den schweren Vorwurf, indirekt die Bildung eines Korruptionsfonds zu unterstützen, verwahrte sich die Regierung, allerdings mit der Reserve, die sie einer maßgebenden Partei schuldig zu sein glaubt. Nachdem von sozialdemokratischer und von volksparteilicher Seite entschieden Auskunft über die Verwendung der Propagandagelder gefordert worden war, erfolgte die interessante Regierungserklärung: Das Kalisyndikat, dem vermutlich nach dem dunklen Plane der Regierung die auf Grund des § 27 des Kaligesetzes eingegangenen Einnahmen für die Propaganda zur Verfügung gestellt werden sollen, hat im vorigen Jahre an die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft 179 491 Mk., an den Bund der Landwirte 57 000 Mk. und an den Westfälischen Bauernverein etwa 50 000 Mk. gezahlt.

Die in Frage kommenden Organisationen sind als rücksichtsloseste Vertreter hochschutzzöllnerischer, agrarkonservativer Politik bekannt! Nur ihnen sind, nach der eigenen Angabe der Regierung, erhebliche Beihilfen in der Form von „Propagandageldern für die Erhöhung des Kaliabsatzes" geleistet worden. Auf die Frage, warum die übrigen Bauernvereinigungen, z. B. der Bauernbund, die Bauerngenossenschaften in Schlesien und Bayern keine Zuwendungen erhalten hätten und ob man daran denke, in Zukunft auch sie zu berücksichtigen, gaben die Regierungsvertreter nur unbestimmte Antworten. Da die Propagandagelder nicht den Charakter von Rabattvergütungen tragen, sondern nach dem Gesetz allen Vereinigungen und Personen zugewendet werden können, die die Verwendung von Kali propagieren wollen, fragten die Sozialdemokraten, ob auch die Landarbeitervereine und die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften (Hamburg) Beihilfen zu erwarten hätten. Auch auf diese Frage gab die Regierung keine klare Antwort. Statt dessen bemühten sich die Mitglieder des Bundes der Landwirte, die Abgg. v. Brockhausen und Rösicke, um den aussichtslosen Versuch, nachzuweisen, daß der Bund der Landwirte keine — — Parteipolitik betreibe. Außerdem würden die Propagandagelder der „Verkaufsstelle" des Bundes der Landwirte zugeführt, nicht ihm selbst. Aber gerade mit dieser „Verkaufsstelle" betreibt der Bund die stärkste Agitation. Durch die Reichstagswahlkosten geleistet werden! Die Mitteilungen über die bisherigen Zuwendungen zeigen deutlich genug, welche politische Richtung dadurch allein begünstigt wird. Der Ausdruck „Korruptionsfonds" ist darum von den beiden süddeutschen, wahrscheinlich wohlunterrichteten Zentrumsabgeordneten mit voller Absichtlichkeit gebraucht worden.

Nebenbei gab die Debatte auch einen interessanten Einblick in die vielgerühmte „Geschlossenheit" des Zentrums. In der zweiten Sitzung polemisierte Abg. Dr. Spahn (Bonn) ausführlich gegen — den von ihm mitunterzeichneten Antrag Speck-Erzberger, der inzwischen durch einen inhaltlich nicht wesentlich veränderten Antrag Speck ersetzt worden war. Der Antrag Speck wurde dann wieder zugunsten eines konservativen Antrags zurückgezogen: wieder einmal war eine konservativ-klerikale Verständigung zustande gekommen. Auch dieser Antrag hält einer strengen Auslegung auf Grund des Kaligesetzes nicht stand. Durch seinen ersten Antrag hat das Zentrum die Erörterungen veranlaßt und alle seine Versuche, die Geschichte sachte wieder einzurenken, scheitern an dem Willen der Linken, über die Verwendung der Millionen genaue Auskunft und eine wirksame Kontrolle zu erhalten.

Dieser Entschluß wurde durch die Rede des Zentrumsabgeordneten und bayerischen Bauernführers Dr. Heim in der Freitagssitzung der Budgetkommission noch wesentlich verstärkt. Heims Auftreten war in doppelter Hinsicht ein Ereignis. Obgleich er ein sehr gründlicher Kenner der Kalifrage ist, verweigerte ihm seine Fraktion einen Sitz in der Budgetkommission. Auf Heims Bitte überließen ihm — die Polen den Sitz Korfantys! Daß ein sachkundiges Fraktionsmitglied genötig ist, bei einer anderen Fraktion zu hospitieren, weil ihn die eigene nicht reden lassen will, gibt sicher zu nachdenklichen Betrachtungen über die Festigkeit des „Zentrumsturms" Anlaß. Allerdings wird das gewaltsame Verfahren der Zentrumsfraktion verständlich, wenn man Dr. Heims Rede verfolgt. Heim enthüllte, daß die Kaliindustriellen mit Kenntnis der Regierung einen Vertrag mit den agrarkonservativen Vereinen abgeschlossen haben, nach dem alle anderen, besonders die kleinen bäuerlichen Genossenschaften gezwungen sind, sich jenen privilegierten Vereinen unterzuordnen! Wenn die anderen bäuerlichen Genossenschaften Düngesalze beziehen wollen, werden sie vom Kalisyndikat — in dem der preußische Fiskus eine gewisse leitende Stellung einnimmt — an die Privilegierten verwiesen. Für die Gesamtmenge des Absatzes, die auf diesem Wege erreicht wird, erhalten, wie Dr. Heim widerspruchslos behauptete, nur die privilegierten Vereine: der Bund der Landwirte und die ihm verwandten Organisationen die hohen Rabattvergütungen. Die kleinen Bauerngenossenschaften erhalten keine Rabatte, weil die anrechnungsfähige Bezugssumme sehr hoch bemessen wurde. Auf diese Weise erhalten der Bund der Landwirte usw. einmal die hohen Zuwendungen aus dem Propagandafonds und außerdem auch die hohen Rabattsätze! **So wird die agrarkonservative Wahlkasse gespeist.** Heim erklärte, der jetzt vom Zentrum unterstützte konservative Antrag bedeute eine Verewigung dieser Wirtschaft!

Diese unwiderlegten schweren Anklagen Heims gegen die Verwendung der „Kaligelder" allein nötigen den Reichstag zu einer gründlichen Durchleuchtung der heiklen Beziehungen zwischen Regierung, Landwirtschaftsbündlern und Kaliindustriellen; die gesamte Kalidebatte ist ein zwingender Beweis für die Notwendigkeit, daß die Volksvertretung die Gelegenheit benutzt, einmal gründlich nach dem Rechten zu schauen!

Aber es bleibt schon wahr: je mehr der Kapitalismus fortschreitet, um so mehr korrumpiert er die öffentlichen Gewalten. Wir werden bald genug in eine Periode öffentlicher Korruptionsskandale hineinkommen.

Warum Frauenwahlrecht?

Von August Bebel.

1. Weil, wie Mann und Frau erst den ganzen Menschen bilden, die menschliche Gesellschaft und ihr politischer Oberbau, der Staat, ohne die Frauen unmöglich sind.

2. Weil es eine schreiende Ungerechtigkeit, ja ein Unding ist, die Frauen von den politischen Rechten und Freiheiten, die die Männerwelt besitzt, nur aus dem Grunde auszuschließen, daß der Zufall der Geburt sie Frauen werden ließ.

3. Weil die Frauen für die Fortpflanzung des Geschlechts und seine Erziehung ebenso notwendig sind wie die Männer, und weil die Dienste, die die Frau als Arbeiterin, Erwerberin, Erhalterin, Hausfrau oder Mutter der Gesellschaft und dem Staate leistet, an Wert und Wichtigkeit nicht hinter den Diensten zurückstehen, die die Männer gegen die Gesellschaft und den Staat zu erfüllen haben.

4. Weil die Frauen als Arbeiterinnen und Erwerberinnen — und derer, die das sind, werden täglich mehr — ebenso gegen den Staat und das Gemeinwesen finanzielle Pflichten zu erfüllen haben wie der Mann in gleicher Stellung

5. Weil die Frau als Arbeiterin, Erwerberin, Erhalterin, Hausfrau oder Mutter an der Vernünftigkeit, Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit der öffentlichen Einrichtungen — Erziehungswesen, Steuerwesen, Rechtspflege, öffentliche Verwaltung, Waisen- und Armenpflege, Sozialgesetzgebung, militärische Einrichtungen, friedliche oder kriegerische Politik usw., mit einem Worte am Kulturfortschritt auf allen Gebieten — genau so interessiert ist wie der Mann.

6. Weil die Bestimmung, daß die Frau als Uebertreterin und Verletzerin bestehender Gesetze ohne Rücksicht auf ihr Geschlecht gleich dem Manne zur Verantwortung gezogen wird, es gerechterweise bedingt, daß die Frau auch an den gesetzlichen Einrichtungen der Gesellschaft gleich dem Manne mitwirken können muß.

7. Weil weder in der Natur und dem Geschlechtsleben der Frau, noch in ihren physischen und geistigen Eigenschaften, noch in dem Triebe nach Vervollkommnung ihres Wesens irgendein Grund zu finden ist, der der Männerwelt erlaubt, sie als einen Menschen zweiter Klasse zu behandeln, und dem Manne, der doch auch nur dem Zufall der Geburt verdankt, Mann geworden zu sein, ein Recht verleiht, sich zu ihrem Herrn oder Vormund aufzuwerfen.

8. Weil der Fortschritt und die gesamte Entwicklung der Menschheit zu immer höherer Vervollkommnung aller ihrer öffentlichen und sozialen Einrichtungen erfordert, daß das große Maß von Kräften und Fähigkeiten aller Art das in dem weiblichen Geschlecht vorhanden ist, nicht minder zum allgemeinen Besten angewendet und ausgenutzt wird wie die gleichen Eigenschaften bei den Männern.

9. Weil ohne vollständige Gleichberechtigung der Geschlechter eine harmonische Entwicklung der Menschheit und ein harmonisches Gesellschaftsleben unmöglich ist.

10. Weil die Frau das allgemeine Stimmrecht benötigt, um sich nicht bloß als wirtschaftlich Unterdrückte und Ausgebeutete zu befreien, sondern weil sie auch als Geschlechtswesen die volle Gleichheit erringen muß. Für sie hat also der Kampf um die politische Gleichheit ein doppeltes Ziel, an dem alle Frauen ohne Unterschied ihrer Stellung interessiert sind. —

Ob Zyniker oder Rückwärtsler die Bestrebungen nach der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts verlachen, ob Dummköpfe sie zu hemmen versuchen, sie werden zum Siege kommen, wenn anders das Streben der Menschheit nach höchster Vervollkommnung aller ihrer Einrichtungen kein leerer Wahn ist. Und mit den Frauen als Bundesgenossen wird der Kampf erleichtert und der Sieg beschleunigt.

Rüstet zum Demonstrationstage für das Frauenwahlrecht: Sonntag, 19. März!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 13. März 1911.

Der christliche Witwen- und Waisenschwindel.

Nach dem berüchtigten Schwindelgesetz vom Jahre 1902, der sog. Lex Trimborn, soll der Nettozollertrag aus der Verzollung von Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch, der den Durchschnittsertrag der Jahre 1898—1903 pro Kopf übersteigt, zu Zwecken der Witwen- und Waisenversorgung verwendet werden. Die bis 1. April 1910 angehäufte Summe sollte das Inkrafttreten der Versorgung ermöglichen. So versicherte das Zentrum, um vor den christlichen Arbeitern den Zollraub zu beschönigen.

Als der 1. April 1910 herannahte, war aber weder Geld da noch ein Gesetz, das über die Verwendung des Geldes etwas bestimmte. Man machte also ein Notgesetz, durch welches das Inkrafttreten der Witwen- und Waisenversorgung auf den 1. April 1911 verschoben wurde. Jetzt ist dieser Termin fast erreicht — da kommt eine neue Notvorlage, die eine weitere Verschiebung bis zum 1. Januar 1912 bezweckt. Und die Summe, die seit dem Inkrafttreten des Zolltarifs zurückgelegt wurde, beträgt jetzt noch nicht 50 Millionen, ein ganz lächerliches Bettelgeld im Verhältnis zu der Größe der Aufgabe, die damit geleistet werden soll.

Den Arbeitern hat man Milliarden abgenommen, für die Witwen und Waisen ist aber noch nichts getan. Und jetzt suchen sich die entlarvten Zentrumsschwindler in der Ger-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191103 14-14/fragment/page=0001

mania und ähnlichen Blättern auf folgende Weise herauszureden:

Das Zentrum wollte mit seinem Antrage, daß die Zollerhöhungen, die die Massen der Bevölkerung hauptsächlich zu tragen haben, auch den ärmeren Klassen wieder zugute kämen; darum sollten sie für die Hinterbliebenenversicherung aufgespeichert werden. Wenn nun die Zölle die prophezeiten Mehrerträge nicht ergeben haben, so kann das dem Zentrum doch gar nicht so unangenehm sein, weil es recht mit seiner Behauptung behalten hat, daß die Zölle nicht so drückend und verderblich sein würden.

Wie müssen die Herren Zentrumsjournalisten, die solche Sätze niederschreiben, bei dem Gedanken lachen, daß es einfältige Menschen gibt, die ihnen ihre Lügen aufs Wort glauben!

Wer nun eine Ahnung von den Dingen hat, um die es sich handelt, der weiß, daß die Erträge der Lex Trimborn in keinem Verhältnis stehen zu den Lasten, die der Zolltarif den Massen der Bevölkerung aufgeladen hat.

Der Zolldruck macht sich fühlbar in der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel, die durch die Absperrung Deutschlands von der ausländischen Lebensmitteleinfuhr hervorgerufen ist. So ist durch den Zolltarif der Gesamtpreis, den das deutsche Volk für seinen Getreideverbrauch allein zu bezahlen hat, um jährlich eine Milliarde über den Weltmarktpreis erhöht worden.

In der Zeit, in der 50 Millionen für die Witwen und Waisen aufgespeichert worden, sind vom Volk 5000 Millionen für Getreidezollverteuerung bezahlt worden. Die durch die sonstigen Lebensmittelzölle hervorgerufene Belastung ist da noch gar nicht mitgerechnet! Was den ärmeren Klassen von den Zollerhöhungen (die nach dem Geständnis der Germania hauptsächlich von den Massen der Bevölkerung getragen werden) wieder zugute kommt, ist also weniger als ein Hundertstel!

Von je hundert Mark, die dem arbeitenden Volke durch die agrarische Zollpolitik genommen werden, wird ihm auf Grund der Lex Trimborn noch nicht eine Mark zurückgezahlt.

Auch der Germania muß ferner die Tatsache bekannt sein, daß durch das System der Einfuhrscheine die Witwen- und Waisenkasse jährlich um viele Millionen zugunsten der Getreide exportierenden Großgrundbesitzer geschädigt werden. Es heißt wirklich das Gewerbe des Zeitungsschreibers prostituieren, wenn die Herren von der Zentrumspresse diese bekannten, nicht zu leugnenden Tatsachen vor einem bedauernswert unwissenden Publikum in so dreister Weise zu entstellen versuchen.

„Daß die Lebensmittelzölle keinen größeren Ertrag geliefert haben, ist nicht sonderlich bedauerlich", schreibt die Germania zum Schluß. Wirklich nicht! Da hat sie wohl ganz vergessen, daß das Zurückbleiben der Zollerträge aus dem neuen Zolltarif die schwarzblaue Reichsfinanzreform mit ihren Bier-, Tabak-, Branntwein-, Tee-, Kaffee-, Zündholz- und Leuchtmittelsteuern zur Folge gehabt hat. Die agrarische Zollpolitik des Zentrums hat dem Volk Milliarden gekostet, sie hat den Zentrumsmagnaten und den ostelbischen Junkern Milliarden eingetragen, sie hat aber die erwartete günstige Wirkung auf die Reichsfinanzen nicht gehabt. Die Junker fressen alles auf, für die Allgemeinheit bleibt nichts übrig!

Die Germania findet das „nicht sonderlich bedauerlich"!

Die Stichwahl in Gießen.

Wie aus Gießen gemeldet wird, ist die Stichwahl auf den 21. März angesetzt. Eine amtliche Meldung liegt noch nicht vor.

Die fortschrittliche Presse bedauert zwar, daß kein liberaler Kandidat in die Stichwahl gekommen ist, sie äußert sich aber ziemlich befriedigt über den neuen Schlag, den der Schnapsblock erlitten hat. Die Vossische Zeitung nimmt als gewiß an:

„daß das Mandat des ersten hessischen Wahlkreises dem Antisemitismus und damit der konservativ-klerikalen Mehrheit verloren geht, nach Verdienst und Würdigkeit, und daß Gießen eine neue Etappe auf dem Wege nach Philippi bedeutet."

Das Berliner Tageblatt schließt seine Wahlbetrachtungen:

„Für die Stichwahl werden die Wähler des Pfarrers Korell wissen, was die bei der Hauptwahl betätigte Ueberzeugung von ihnen fordert. Können sie ihre Stimme in der Stichwahl nicht mehr für einen liberalen Kandidaten abgeben, so werden sie sie gegen den Reaktionär in die Wagschale werfen. Da die nationalliberalen Bündler jetzt zweifellos ihr antisemitisches Herz entdecken werden, so wäre Zuhausebleiben Verrat an der liberalen Sache. Mit einiger Spannung darf man übrigens der Parole entgegensehen, die die nationalliberale Parteileitung ausgeben wird."

Die Folter.

Daß gegen eine Anzahl Dresdner Lehrer ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, weil sie sozialdemokratische Versammlungen besucht haben, in denen die Schulfrage erörtert wurde, ist bekannt. Den Lehrern sind, wie das Leipziger Tageblatt erfährt, von der vorgesetzten Behörde folgende Fragen vorgelegt worden:

1. Wie sind Sie in die Versammlung gekommen?
2. Kennen Sie das sozialdemokratische Flugblatt?
3. Haben Sie im Auftrag des sächsischen Lehrervereins gehandelt?
4. Wie haben Sie sich bei der Ehrung Singers verhalten?
5. Haben Sie sich an der Leitung beteiligt?
6. Sind Sie extra eingeladen worden?
7. Haben Sie einen reservierten Platz gehabt?
8. Haben Sie sich schon vorher zum Worte gemeldet?
9. Was haben Sie gesagt? (NB. Ein von dem überwachenden Beamten aufgenommenes „Stenogramm" wurde vorgelesen.)
10. Was haben Sie dazu zu sagen?
11. Welche Stellung haben Sie zur Resolution eingenommen?

Bei dem Verhör wurde durch einen Beamten des Dresdner Schulamts jedes Wort stenographisch festgelegt.

Soweit die Meldung. Wir möchten uns erlauben, noch folgende zwei Fragen an die Lehrer vorzuschlagen:

12. Wissen Sie auch, daß die Sozialdemokraten einen — Zuchthausstaat einführen wollen?
13. Oder glauben Sie etwa, daß wir — heute schon einen haben?

Ein typisches Polizeibildchen.

Wie in Preußen die Polizei herrscht, das wurde wieder an einem Falle offenbar, der alle Seiten des preußischen Systems beleuchtet. Durch eine Schöffengerichtsverhandlung in Rheine in Westfalen wurde folgendes aufgedeckt. Angeklagt war ein 60 Jahre alter Arbeiter Stein wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt". Die Verhandlung ergab folgendes: Der Angeklagte hatte im Januar d. J. eines Abends auf der Straße an den Polizisten Nolte eine Frage gerichtet. Nolte wies den Frager schroff ab. Als dieser seine Frage wiederholte, forderte Nolte ihn auf zum Weitergehen, und als das nicht schnell genug von statten ging, schritt Nolte zur Verhaftung. Der Polizist schob den alten Mann vor sich her, so daß dieser zur Erde fiel. Nun kam noch der Polizist Schneiders dazu. Der Verhaftete wurde gefesselt und auf dem Bauche liegend, mit dem Gesicht auf der Erde, etwa 100 Meter weit zur Wache geschleppt. Der Vorfall war von mehreren Zeugen, die sich über eine solche Behandlung empörten, bemerkt worden. Der also Mißhandelte stellte gegen die Beamten Strafantrag. Aber selbstverständlich half das nichts, wie das ja immer so üblich; der Staatsanwalt lehnte die Verfolgung ab. Dagegen wurde auf die Anzeige der Polizei — gegen den alten Mann vorgegangen wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt". Aber der Amtsanwalt selbst mußte die Freisprechung des Angeklagten beantragen, nachdem sechs Zeugen das echt preußische Vorgehen der Beamten bekundet hatten. Dem Antrage des Amtsanwalts gemäß wurde auf Freisprechung erkannt.

Hier weicht das Bild allerdings in etwas von dem üblichen preußischen Schema ab. Denn eigentlich hätte der Mann verurteilt und die sechs Zivilzeugen sofort wegen „Meineids" verhaftet werden müssen. Aber in anderer Beziehung wird hoffentlich alles bleiben wie in früheren Fällen und in Moabit, daß nämlich die brutalen Taten der Beamten und in Moabit, daß nämlich die brutalen Taten der Beamten ungerochen bleiben. Oder sollten die Polizisten wirklich ernsthaft bestraft werden?

Dann würden wir allerdings an der Beständigkeit des preußischen Systems verzweifeln . . .

Deutsches Reich.

— **Besteuerung der Zündholzersatzmittel?** Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung soll dem Reichstage demnächst ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Zündholzersatzmittel zugehen. Außerdem werde eine Kontingentierung der Zündholzindustrie beabsichtigt. Melancholisch bemerkt die Vossische Zeitung zu dieser Meldung: „Diese Maßnahmen wären eine eigenartige Antwort auf die Forderung der Aufhebung der Zündholzsteuer."

— **Verbot der Einfuhr von französischem Vieh.** Die bayrische und die badische Regierung haben die Einfuhr von französischem Vieh nach Bayern und Baden vom 12. März an wieder verboten.

Die Haltung der badischen Regierung ist um so unverständlicher, als vor ganz kurzer Zeit die amtliche Karlsruher Zeitung gegen agrarische und Zentrumsangriffe feststellte, „daß bis heute kein einziges aus Frankreich gekommenes Schlachtvieh mit der Seuche behaftet war, daß dagegen Schlachtschweine aus Norddeutschland die Seuche in Baden eingeschleppt haben; erst dadurch habe sie im Lande größere Ausbreitung erlangt."

— **Merk's Berlin!** Zum 90. Geburtstag des bayrischen Prinzregenten schreibt die Deutsche Tageszeitung:

Wir können uns nicht erinnern, daß sich im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts irgendwelche scharfe Opposition gegen ihn gewandt hätte. Das war schon deswegen nicht wohl möglich, weil er immer durchaus in den Schranken der Verfassung blieb. Deshalb hat sich der politische Kampf niemals gegen ihn persönlich, sondern nur gegen seine Regierung gewandt.

Das agrarische Hauptorgan erkennt damit an, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer antimonarchischen Gesinnung einen Monarchen, der in den Schranken der Verfassung bleibt, nicht angreift. Das ist auch ganz richtig, denn, wie Bebel schon einmal im Reichstag ausführte, kein Mensch kann etwas dafür, wenn er Kaiser, König oder Prinzregent ist, es wäre unrecht, ihm aus dieser bloßen Tatsache einen Vorwurf zu machen.

Die unverkennbare polemische Spitze der von Herrn Oertel gemachten Feststellungen richtet sich also ausnahmsweise nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen eine andere Stelle.

— **„Verdreht, aber ein ehrlicher Kerl."** Im Berliner konservativen Wahlverein sagte der Abgeordnete General a. D. von Ditfurth:

Neulich sagte Herr Traeger: „Die Sozialdemokratie steht in den Hauptfragen auf unserer, der Freisinnigen, Seite. Nun, das ist klar: einer solchen Partei gegenüber werden wir keinen Finger rühren. Wo Freisinn und Sozialdemokratie sich herumschlagen, lassen wir sie allein. Auch in Stichwahlen können wir nach alledem nicht mehr sagen, daß der Freisinn das kleinere Uebel sei. Es müßte denn der Fall eintreten, wo die betreffende Persönlichkeit eine wirkliche Gewähr gibt, so daß man sich sagen könnte: Wenn er auch verdreht ist, so ist er doch ein ehrlicher Kerl.

Nach der völlig verdrehten Ansicht dieses Herrn Generals ist also ein Freisinniger wie der greise Traeger, der für ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie eintritt, kein „ehrlicher Kerl". Wer auch nur entfernt mit der Sozialdemokratie etwas zu tun hat, dem wird ganz einfach die Ehre abgesprochen!

Die konservativen Generäle a la Ditfurth befolgen die vornehmen Junkermanieren sehr genau.

— **Das Dreiklassenhaus** erklärte am Sonnabend die Wahlen der Abgeordneten Kreitling-Berlin IV. und Wendland-Kassel für ungültig. — Hierauf wurde die Generaldebatte über das Kapitel Elementarunterrichtswesen fortgesetzt. Der Abg. Hackenberg (natl.), ein Geistlicher, sprach sich mit aller Schärfe gegen den Gewissenszwang für Dissidentenkinder aus, obwohl er prinzipielle dafür eintrat, daß Religionsunterricht in der Volksschule erteilt werde. Er verlangte, daß Dissidentenkinder nicht gezwungen werden dürften, am Religions-

Am Vorabend.

Drama in drei Akten von Leopold Kampf.

(Zur Aufführung im Volkspark durch die Dramatische Abteilung des Sozialdemokratischen Vereins.)

Das russische Revolutionsdrama Am Vorabend, das von der Dramatischen Abteilung bereits einmal aufgeführt wurde, hat bei seinem Erscheinen (Dezember 1905) umgewöhnliches und berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Nicht allein, weil zur damaligen Zeit der heroische Kampf des russischen Proletariats gegen die blutige Schreckensherrschaft des Zarismus in der ganzen Welt mit gespanntestem Interesse verfolgt wurde, oder weil die borussische Polizei durch die Aufführung des Dramas den Staat des Dreiklassenwahlrechts bedroht fühlte, sondern auch als dramatisch-literarisches Erzeugnis an sich. War doch hier einem noch verhältnismäßig jungen Dichter gleich in seiner dramatischen Erstlingsarbeit ein ausgezeichnetes Werk von außerordentlicher Wirkung gelungen.

Den russischen Revolutionären, den stillen Helden, hat Leopold Kampf sein Drama gewidmet; ihnen hat er damit ein schönes, weihevolles Denkmal gesetzt. Und wenn er seinem Helden sagen läßt: „Mit unserem Herzblut müssen wir uns die elementarsten Freiheiten erobern — Christus hat gelitten — jeder von den unsrigen ist ein Christus", so kann man das im Hinblick auf die Taten und Leiden der russischen Revolutionshelden kaum als Uebertreibung bezeichnen. Auch mit dem Herzblut eines stark und leidenschaftlich empfindenden Dichters ist das Drama geschrieben. Mit psychologischer Schärfe, lebenswahr und echt, frei von jeder falschen Sentimentalität hat der Dichter die einzelnen Gestalten gezeichnet; schlicht und einfach, ohne jede Pose, wie etwas ganz Selbstverständliches ihren heldenmütigen Kampf gegen das zaristische Blut- und Schandregiment dargestellt. Sie alle dienen nur der großen heiligen, gemeinsamen Sache des geknechteten, unter einem unerträglichen Druck eines brutalen absolutistischen Regierungssystems schmachtenden und leidenden russischen Volkes, für dessen Befreiuung sie ihre ganze Persönlichkeit einsetzen, ihr Leben wagen! Wie hier die einzelnen Personen ganz in der großen idealen Sache aufgehen, sich ihr unterordnen, so wächst auch das Drama Kampfs über das Einzelschicksal von Individuen hinaus, zum großen Freiheitskampf eines ganzen Volkes. Unter was für unsäglichen Mühen und Gefahren, mit welch ungeheuerlichen Opfern an Gut und Blut, Leib und Leben die russischen Revolutionäre den Befreiungskampf geführt haben und heute noch führen, davon gibt uns das großzügige Drama in seiner knappen, einheitlichen und geschlossenen Form einen klaren und tiefen Einblick.

Wir folgen den Revolutionären in ihrer eifrigen, rastlosen Tätigkeit für die Sache der Freiheit von der unheimlich heimlichen Herstellung einer Zeitung an durch ihre geheimen Zusamenkünfte hindurch bis dorthin, wo ein Blutmensch von Gouverneur durch die Bombe eines Revolutionärs sein wohlverdientes Ende findet. Von den barbarischen Verfolgungen durch die Bluthunde des Zaren, den seelischen Leiden und Martern, denen die politischen Gefangenen in den Schrecknissen russischer Gefängnisse ausgesetzt sind, von der brutalen Niederschießung wehrloser Arbeiter durch vertierte Kosaken (wenn auf der Bühne auch nur in Reflexen) und all den übrigen beispiellosen, aus der russischen Revolution bekannten Scheußlichkeiten der Zarenbestien, bietet das Drama plastische und getreue Bilder.

Große Zeiten und große Kämpfe bringen auch Männer der Tat hervor, wie den Helden des Dramas, Wasyl, der dem Freiheitsideal alles opfert: Heimat, Eltern- und Liebesglück, ja selbst das Leben. Von Paris, wohin er vor seinen Häschern geflüchtet war, treibt es ihn wieder nach Rußland zurück. In der Wohnung seines Freundes Anton wird auf die mühseligste Weise und unter den denkbar größten Schwierigkeiten im Geheimen die revolutionäre Zeitung: Das Licht, gedruckt. Trotz der gewissenhaftesten und peinlichsten Beobachtung und Anwendung aller Vorsichtsmaßregeln, sind die Polizeispitzel hinter das Geheimnis gekommen, und eines Tages kommt ganz plötzlich die Polizei und beschlagnahmt die Geheimdruckerei. Der Drucker Anton Tlatschoff, seine Frau und eine andere Genossin werden verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Wasyl ist nur um ein Haar seiner Verhaftung entgangen. — Schon längst geht ihm die Bewegung zu langsam vorwärts. Seine Freundin Anna Nikanskaja, zu der ihn eine leidenschaftliche Liebe hinzieht, die er als eine „Schwäche" zu bekämpfen vergeblich sich bemüht, bestärkt ihn in seiner Ansicht: „Ja, die Blutglocke muß man schlagen — sie muß mächtig läuten, daß ganz Rußland hört . . . Verstehen werden sie unserer Glocke Ton — den Blutglockenklang. Verstehen werden sie (auch die geschundenen Bauern!) jetzt schon besser; immer sehender werden sie. Und mehr Licht wird er bringen, der Blutglockenklang, als der Sonne tausend Strahlen, als Eures „Lichtes" tausend Nummern . . ." „Die Sache muß uns ganz haben," sagt sie an anderer Stelle zu Wasyl, „keine Konzessionen für irgendwelche persönliche Schwächen oder Schmerzen." Und Wasyl stimmt ihr bei mit den Worten: „Weniger reden und mehr handeln!" Er soll bald Gelegenheit dazu bekommen: In der russischen Großstadt, in der die Handlung des Dramas spielt, ist ein großer Streik ausgebrochen. Die streikenden Arbeiter sammeln sich in und um den Kirchen zu einem Umzug durch die Straßen. Der Gouverneur hat versprochen, keine Gewalt gegen die Arbeiter anzuwenden. Hält er sein Versprechen nicht, fügt er seinen früheren Schandtaten eine neue hinzu, so soll er sterben! Diese Tat auszuführen, die totbringende Bombe gegen ihn zu schleudern, dazu meldet sich Wasyl freiwillig. Ein Opfer, das um so größer ist, als er und Anna Nikanskaja sich inzwischen in heißer Liebe gefunden haben. In die herrliche Liebesszene hinein, die der zweite Akt bringt, fallen die Schüsse der blutdürstigen Soldateska; die wehrlosen und fliehenden Arbeiter werden unbarmherzig über den Haufen geschossen. Damit ist das Schicksal des für diese neue entsetzliche Bluttat verantwortlichen schuftigen Gouverneurs besiegelt! Die Ausführung der Tat wird noch besonders durch einen Umstand erleichtert und begünstigt: Das Attentat auf den Gouverneur soll erfolgen, wenn er aus der Oper zurückkehrt. In unmittelbarer Nähe der Oper wohnt Anna Nikanskaja (bei ihrer Tante, der Frau eines Beamten, die mit den Revolutionären sympathisiert). Als der Augenblick zum Handeln gekommen ist, gibt Anna mit einer brennenden Kerze dem in der Nähe verborgenen Wasyl das Zeichen — die Bombe explodiert, um den Gouverneur ist es geschehen! In das Schreien, Pfeifen, den Tumult auf der Straße mischt sich das hysterische Lachen und Weinen Annas, die in einem fort, während der Vorhang fällt, ekstatisch ausruft: Weiter Brüder — die Blutglocke — Weiter — weiter, weiter . . .

Und er geht weiter, der Kampf. Auch in Rußland. Trotz der graufamen Verfolgungen aller freiheitlich Gesinnten und trotz aller Brutalitäten und Bestialitäten, die die Henkersmente des Blutzaren noch heute tagtäglich an jenen unzähligen Namenlosen begeht, die in den Eisgefilden Sibiriens und in feuchten dumpfen Kerkern zu Tausenden zugrunde gehen. Der durch den Meuchelmord gemilderte Absolutismus, der sich heute noch das Freigenblatt eines Scheinkonstitualismus vorgeklebt hat, herrscht weiter; die revolutionäre Bewegung war noch nicht stark und mächtig genug, um ihn stürzen zu können. Doch einmal wird auch seine letzte Stunde schlagen, wenn die Zeit gekommen und reif dafür ist. Den stillen und namenlosen Helden aber, die ihr Leben freudig für die Freiheit des russischen Volkes opferten, wird das internationale klassenbewußte Proletariat für alle Zeiten ein ehrfurchtsvolles Gedenken bewahren.

In diesem Sinne möge auch die Aufführung des Revolutionsdramas wirken, neue Kampfesbegeisterung wecken und den Kampfesmut und die Siegeszuversicht neu beleben und stählen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110314-14/fragment/page=0002

unterricht teilzunehmen. Weiter erklärte er sich gegen die geistliche Schulaufsicht. Sein konservativer Kollege, Abg. Heckenroth, stellte sich auf den entgegengesetzten Standpunkt und billigte alle reaktionären Maßnahmen der Regierung; er forderte sogar ein energisches Vorgehen der Regierung gegen solche Lehrer, die es wagen, einmal sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen oder auf ihren Zusammenkünften gegen Regierungsmaßnahmen Stellung zu nehmen. Nach weiterer belangloser Debatte wurde die Generaldebatte geschlossen.

— **Pressesachverständige.** Der preußische Justizminister hat in einer allgemeinen Verfügung bestimmt, daß die Justizbehörden „in geeigneten Fällen" von dem Anerbieten des „Reichsverbands der deutschen Presse" Gebrauch machen könnten, erfahrene Sachverständige zur Erstattung von Gutachten über Fragen, die das Wesen und die Einrichtung der deutschen Presse betreffen (über die Organisation und den inneren Betrieb des Zeitungsdienstes, das Verhältnis zwischen Verlag und Redaktion, zwischen Anzeige- und redaktionellem Teil und ähnliche Fragen) zu bezeichnen.

Amerika.

Die Mobilmachung gegen Mexiko.

Das große Truppenaufgebot in Texas an der mexikanischen Grenze, wie die Stellung zur mexikanischen Frage überhaupt, soll nicht in allen Teilen die Billigung der Gesamtregierung der Union gefunden haben. Namentlich sollen, wie dem B. T. aus Washington berichtet wird, zwischen dem Präsidenten Taft und dem Staatssekretär Knox Differenzen weitgehender Art ausgebrochen sein. Der Präsident soll sehr willkürlich und eigenmächtig vorgegangen sein, Berichte der Organe der Justiz und des Kriegsministeriums eingeholt und über das Staatsdepartement verfügt haben, das die ganze Aktion für ungeitgemäß und auch praktisch mit den größten Schwierigkeiten verbunden hält. Das Ueberschreiten der Grenze würde zu einem vielleicht jahrelangen Guerillakriege führen. Die letzte amerikanische Intervention erfolgte im Herbst 1891 auf Ersuchen der mexikanischen Regierung gegen Garcier, der eine lokale Verschwörung angezettelt hatte. Die Umzingelung und Gefangennahme seiner kleinen Schar erforderte volle zwei Jahre. Tafts Politik läuft darauf hinaus, revolutionäre Umtriebe in allen zentral- und südamerikanischen Republiken zu unterdrücken, weil für den Zeitpunkt der Eröffnung des Panamakanals vollkommene Ordnung auf dem Kontinent herrschen soll. Es gilt als zweifellos, daß diese Revolutionen zum großen Teil mit amerikanischem Gelde finanziert sind. Die gerichtliche Verfolgung dieser Hintermänner, unter der Aufrechterhaltung des Standpunkts, daß diese Aktion zugunsten Diaz' und mit seinem Einverständnis durchgeführt wird, sei der Zweck des Vorgehens der Union. Alle gegenteiligen Kombinationen seien gegenstandslos.

Dem Vernehmen nach bereitet das Kriegsdepartement die Entsendung weiterer Truppen vor, falls es notwendig sein sollte, die Grenze zu überschreiten. Nach der Golfküste von Mexiko wurden **vier Kanonenboote beordert.**

Kriegsrecht in Mexiko.

Mexiko, 12. März. Der mexikanische Botschafter wiederholte seine Erklärung, daß Mexiko stark genug sei, das Eigentum der Ausländer zu beschützen. Die Regierung beschloß, die **konstitutionellen Garantien zu suspendieren.** Dies bedeutet eine **milde Form des Kriegsrechts.** Personen, die der Zerstörung von Eisenbahnen, elektrischen Lichtanlagen und Telegraphen, sowie der Plünderung von Plantagen beschuldigt werden, sollen hinfort **summarisch abgeurteilt werden.**

*

Ueber die Haltung der deutschen Regierung

äußert sich die Kölnische Zeitung offiziös u. a. wie folgt: „Wir haben ein natürliches Interesse daran, daß Mexiko, mit dem wir rege wirtschaftliche Beziehungen unterhalten, sich geordneter Verhältnisse erfreue, und wir würden es aus diesem Grunde mit Genugtuung begrüßen, wenn die gegenwärtigen Wirren bald ein Ende nähmen. Bisher liegen hier keinerlei Nachrichten vor, daß Leben oder Eigentum deutscher Staatsbürger in Mexiko bedroht seien, und die Regierung ist daher auch noch nicht in die Lage gekommen, über Schutzmaßregeln nachzudenken. Sollten in mexikanischen Hafenstädten Unruhen vorkommen, bei denen die fremden Behörden deutscher Bürger nicht ausreichend schützen könnten, so würde Deutschland zu erwägen haben, ob es von einem klaren und auch von den Vereinigten Staaten stets rückhaltlos anerkannten Rechte Gebrauch machen und Kriegsschiffe dorthin senden soll. Von dieser Ausübung eines unbestrittenen Rechts bis zu einer Einmischung in die inneren Verhältnisse Mexikos ist aber ein himmelweiter Weg, dessen Zurücklegung kein vernünftiger Mensch in Deutschland anempfehlen wird. Selbst wenn die jetzigen Unruhen zu einer vollständigen Umwälzung der mexikanischen Verhältnisse führen sollten, selbst wenn die Vereinigten Staaten von Mexiko um Einverleibung gebeten werden sollten, oder wenn Nordamerika diese Einverleibung gegen den Willen der Mexikaner vornähme, würde Deutschland sicher nicht der Don Quichote sein, der bei dieser Gelegenheit vom Leder zöge . . ."

Marokko.

Die Aufstandsbewegung

wird von den Truppen des Sultans angeblich erfolgreich bekämpft. In Tanger eingetroffene Depeschen berichten, daß die Mahalla Mulay Hafids die Aufständischen bei dem Berge Jelsat geschlagen und daß ihnen ihre Artillerie schwere Verluste beigebracht habe. Die Mahalla umzingelte die Cherarda, die viele Tote und Verwundete hatten. Alle Duars der Cherarda wurden in Brand gesteckt. Von der Mahalla wurden sechs Mann getötet. — Nach anderen Meldungen sollen aufständische Araberstämme die Mahalla des Sultans geschlagen haben, nachdem sie eine kurze Zeit die Absicht eines Bündnisses geheuchelt hätten. Eine Anzahl Stämme kämpfen miteinander. Ihrerseits hat die Mahalla mit zwei Stämmen die Rebellen an wichtigen Punkten angreifen. Stimmt die Meldung, daß der einflußreiche Stammesführer Raisuli plötzlich bei Arzali infolge einer kurzen Krankheit gestorben ist, so ist neue Verwirrung unter den Völkerstämmen des nordöstlichen Marokkos zu erwarten, welche Raisuli bisher im Zaum gehalten hat.

Aus der Partei.

Für das Frauenwahlrecht.

Zum ersten sozialdemokratischen Frauentage, der am 19. März stattfindet, erschien soeben eine **Agitationszeitung für das Frauenwahlrecht,** herausgegeben von Klara Zetkin, 16 Seiten im Format der Gleichheit.

Die Zeitung bringt einige Porträts der verstorbenen sozialdemokratischen Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht in Deutschland, sie hat einen reichhaltigen Inhalt und ist schön ausgestattet. Das Blatt soll der Agitation für das Frauenwahlrecht unter den breitesten Massen dienen.

Preis der Nummer: Für Organisationen und Wiederverkäufer 5 Pf., die Einzelnummer 10 Pf.

Bestellungen sind so bald als möglich zu senden an den Verlag der Gleichheit Paul Singer, Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Genossinnen! Sorgt für die Massenverbreitung eurer Wahlrechtszeitung!

Sechs Monate Gefängnis.

Genosse Redakteur Henschel von der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wegen „Beleidigung" der Offiziere und Mannschaften des Kreuzers Blücher. Die Beleidigung soll enthalten sein in einer Notiz über angebliche Meuterei auf der Blücher. Die Begründung sagt, daß die Offiziere und die Mannschaft der Marine vor Inund Ausland in ein schlechtes Licht gesetzt worden seien. Deshalb wird dem Kritiker ein halbes Jahr seines Lebens vernichtet.

Die Gewissensklausel der Impfgegner.

Im Reichstage war jüngst die Impffrage wiederum Gegenstand von Verhandlungen, die den Deutschen Bund der Impfgegner aufs neue zur Stellungnahme veranlaßten. Es galt hier zunächst, den Gutachten der „Sachverständigen" die richtige Beleuchtung angedeihen zu lassen, wobei namentlich den Ausführungen des Professor Dr. Kirchner entgegenzutreten war. Dieser Herr hatte u. a. das Vorgehen der Impfgegner verbrecherisch genannt, auch behauptet, die Lymphe rühre von vollkommen gesunden Tieren her, und es müßte zurückgewiesen werden, wenn der hergestellte Lymphstoff als Schmutz und Pockeneiter bezeichnet würde. Der Bund der Impfgegner (Berlin SW., Hallesche Straße 20) erwidert hierauf in einem Flugblatte einfach:

„Indes man lese die ekelhafte Tierquälerei, die an dem Impfstalbe vorgenommen wird, von dessen mit Beulen bedeckter Haut aller Schmutz und Eiter abgekratzt wird, um dann — als „Schutz"mittel verwendet zu werden. Man lese die Untersuchungen der Dr. med. Landmann und von Nießen, aus denen hervorgeht, daß dieser Schutzschmutz mit zahllosen, höchst gefährlichen Mikroben erfüllt ist; man erwäge, daß es unmöglich ist, nachzuweisen, daß in dem Impftiere eine Krankheit nicht latent vorhanden sei; man wisse, daß die Lymph-Gewinnungsanstalten jede Gewähr dafür ablehnen, daß die Lymphe nicht schaden könne, desgleichen die Impfärzte — und dann wird man den Ausdruck „denkbar sicherste Gewähr" richtig einschätzen, als eine Behauptung ohne zureichenden Grund —, die „in schärfster Weise zurückgewiesen werden muß". Ueber das Vertuschungssystem, das ja auch hier stark geübt wird, heißt es dann weiter: „Aber in betreff der Impfschäden heißt es: „favete linguis", haltet den Mund! „Warum sollen wir dem Publikum gegenüber von Impfgefahren sprechen?" Also sprach Obermedizinalrat Prof. Dr. Eulenburg. „Es ist dem praktischen Arzte keineswegs zu verdenken, wenn er mit der Veröffentlichung solcher Vorkommnisse (jener zweifellosen, entsetzlichen Tatsachen), „die ihm selbst höchst unerwünscht und peinlich sind und die das Publikum unnötig alarmieren würden, sehr sparsam ist." Also Sanitätsrat Dr. Fürst. Und andere in ähnlicher Weise."

Die Impfgegner stellen demgemäß nur über völlig verständliche Forderungen auf:

1. Gründliche Neuuntersuchung der Impffrage, mit Zuziehung der gleichen Anzahl von Impfgegnern, entsprechend dem schon 1896 gefaßten Beschlusse des Reichstags.
2. Achtung der Wissens- und Gewissensbedenken der Eltern und der Impflinge selbst (zweite Impfung der Schüler, dritte der Rekruten).
3. Im Falle der Ablehnung von 1 und 2: Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten.
4. Neue Fassung des Impfgesetzes vom Jahre 1874 zur Vermeidung des Wirrwarrs der Rechtsprechung und zur Feststellung, daß damals ein Impfzwanggesetz nicht beabsichtigt worden ist.

Zur Klärung der Frage in rechtlich-politischer Beziehung ist es nicht ohne Belang zu wissen, daß Herr Kirchner bekannte, daß in England, der Schweiz u. a. Staaten das Festhalten an dem Rechte der persönlichen Freiheit des Einzelnen den Ausschlag zu der Maßnahme (der Anerkennung der Gewissensbedenken) gegeben habe.

Eine wertvolle Erklärung! Also auf unsere unerschöpfliche Geduld, auf unsere Knechtsseligkeit bauen jene Herren. Die „Notwendigkeit", von der jene reden, sieht das Volk aber nicht mehr ein; es fordert sein gutes Recht, nicht nur eine Abschwächung, nein, die Aufhebung dieses unheilvollen Gesetzes und seiner Auslegung. Wir sind es müde, uns mit so frivolen Worten abspeisen zu lassen, wie mit jenem: „Im übrigen, m. H., es wird weitergeimpft." Unter solchen Umständen ist eine einwandfreie Prüfung der Angelegenheit in der Tat nur eine Forderung der Billigkeit.

Aus den Nachbarkreisen.

Zur Agitation in unseren ländlichen Wahlkreisen.

Ein Genosse aus dem Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz schreibt uns über die Wahlagitation auf dem Lande folgendes:

Der stärkste Vorstoß gegen die Konservativen muß bei der nächsten Reichstagswahl von den Landbewohnern erfolgen.

Wer auf dem Lande erfolgreich agitieren will, muß auch die ländlichen Verhältnisse einigermaßen kennen. Betrachten wir uns einmal die Bevölkerung, von der wir erwarten, daß sie bei der nächsten Willenskundgebung dem Junker die Freundschaft kündigt. Da ist zuerst der Landproletarier. Von Kind auf für den „gnädigen Herrn" Rittergutsbesitzer oder Amtsrat schuftend, kommt er selten zur Erkennung seines eigenen Ichs. Von früh bis spät abends auf dem Felde des Gutsherrn, Sonntags auf seinem kleinen Stückchen Pachtland, so arbeitet er im Schweiße seines Angesichts für ein paar Pfennige. Denn mehr ist es nicht, was er als Entgelt für seine Arbeitskraft erhält. In der schlechten Jahreszeit, wenn die Feldarbeiten vorbei sind, muß er froh sein, wenn ihn der Gutsherr in der Branntweindrennerei beschäftigt. Das Korn, das er gesät und abgeerntet hat, muß er nun zu flüssigem Gift verwandeln, um damit seinen Körper zu ruinieren, um seinen Geist zu töten, ihn zu zwingen, nicht an die elende Rolle zu denken welche er als Arbeitstier seines Brotherrn spielt. Das Korn, das für ihn und seine Familie das Brot abgeben soll, wird ihm vom Gutsherrn als ein flüssiges Produkt gegen schweres Geld verarbeicht. Er selbst, der Landprolet, lebt äußerst bedürfnislos. Wenn er Glück hat, kann er sich etwas Vieh halten, zu dessen Fütterung aber oft das Futter gestohlen werden muß, weil ja auf seinem Pachtäckerchen doch nur Kartoffeln wachsen. Kartoffeln für sich und seine Familie; aber nicht für sein Vieh. Kommt nun aber Krankheit ins Haus, dann ist es mit seinem Glück bald vorbei. Die Gemeindekrankenkasse gibt blutwenig Unterstützung. Er greift, um Leben zu können, zum Besten seines Besitzes; verkauft sein Vieh und hofft, dadurch sich finanziell etwas zu erholen. Gewöhnlich vermehren sich trotzdem seine Schulden, nun verpfändet er oft seine Arbeitskraft für mehrere Jahre an seinen Gutsherrn, um nur das notdürftigste zum Leben zu erhalten. Und wie er, so seine Familie, so seine Mitarbeiter.

So minderwertig seine leibliche Nahrung, so auch die geistige. Höchstens liest er das Gemeindekirchenblatt oder er bezahlt es wenigstens und vielleicht noch das Amtsblatt. Etwas anderes kennt er nicht. Die Politik macht für ihn sein Gutsherr. Dieser kommandiert ihn zur Wahl, wie er will.

Oft droht der Gutsherr mit den Polen. „Die arbeiten mehr wie ihr! Wem's nicht gefällt kann gehen!" Und der Landarbeiter beneidet den Ziegeleiarbeiter, der vielleicht mit ihm zusammen wählt. Dieser ist schon etwas freier gesinnt, ist er doch nicht so an die Scholle gebunden, und nicht im Besitze eines „Deputats". Er weiß zwar, daß es im Winter für ihn nichts zu tun gibt, da muß er sich eine andere Fronstelle suchen, und doch schätzt er sich glücklicher als der Gutsknecht, der auf die Gnade seines „Deputatsherrn" angewiesen ist.

Noch eine andere Kategorie gibt es auf dem Lande. Nicht der Prolet, der sich für den „Herrn" schindet, sondern der für sich arbeitet, der mit geborgter Saat seinen Acker bestellt und bei Fehlschlagen seiner Pläne zum Tagelöhner wird — der Kleinbauer. Er ist vielfach im Besitze von Kuh und Pferd und bestellt damit sein Feld, doch steht bei ihm bei Mißernten alles auf dem Spiel. Sein Leben ist etwas anders. Er leistet sich hier und da etwas, was man „dörflichen Luxus" nennt, liest selbstverständlich sein Kirchen- und sein Amtsblatt, und ist oft etwas verbissen auf den Dorfgewaltigen. Solcher Kleinbauer liest vielleicht das „Intelligenzblatt" des nächsten Städtchens, spricht auch von Politik und gibt gelegentlich einen freisinnigen oder nationalliberalen Stimmzettel ab. Das ist aber alles.

Diese beiden Kategorien Landproletarier sollen nun bei der nächsten Wahl dem Junker ein Paroli bieten. Dazu ist ein großes Stück Arbeit der Sozialdemokratie nötig. Unermüdliche Ausdauer zur Agitation ist erforderlich, um Bresche zu legen in diesen festen Grenzwall der Junker.

Wie setzt nun die sozialdemokratische Agitation ein? Wie können wir diese beiden Kategorien von Landbewohnern zu einer anderen politischen Gesinnung bekehren?

Unsere Genossen bringen im Herbst alljährlich den Volkskalender aufs Land. Bringen ihn in Tausenden von Exemplaren unter die Leute. Oefters im Jahre, und speziell bei den Wahlen, werden Hunderttausende von Flugblättern verbreitet. Zu dieser Agitation sind alle Genossen befähigt. Aber aus dem Kalender läßt sich der Bauer nicht allein belehren, und ein Flugblatt wird, wenn schon gelesen, auch nicht immer richtig verstanden. Es fehlt immer noch die persönliche Agitation. Dazu ist nicht jeder Genosse zu gebrauchen. Es ist immer ein eigen Ding, als Industriearbeiter mit Flugblättern und Kalendern auf dem Lande zu erscheinen, und wieviel schwieriger ist es noch, persönlich die Bewohner zu überzeugen. Zur Landagitation melden sich doch hauptsächlich jüngere Genossen. Nun erscheinen diese mit Flugblättern im Dorfe. Eifrig wird Haus für Haus belegt. Dann macht man im Wirtshaus Rast, um, wenn möglich, mit den Dorfbewohnern sprechen und ihnen auch unsere Ideen erläutern zu können. Dazu gehört nun viel Geschick und ein sofortiges Einleben in die örtlichen Verhältnisse. Das ist aber bei unseren Genossen nicht immer möglich, weil sie ja aus der Stadt, aus ganz anderen Verhältnissen kommen. Und um so schwerer ist es, sich in Verhältnisse hineinzudenken, die einem vollständig fremd sind, von denen man bisher sehr wenig Ahnung hatte. In diesen Fällen wird es gewöhnlich mit den mündlichen Agitation nichts und der junge Genosse ist enttäuscht. Er geht nicht mehr gern aufs Land, bleibt lieber in der Stadt, wo er die Verhältnisse kennt, wo er weiß, daß die Arbeiter auch schon wissen, was die Sozialdemokratie will.

Hat nun der ältere Genosse dagegen etwas mehr Erfolg, so ist dies auch noch nicht viel, weil ja die älteren Genossen, die auf Landagitation gehen, nicht so zahlreich sind. Aber trotz alledem, das Werk muß fortschreiten. Und ist erst einmal der Anfang gemacht, ist erst der Grund gelegt in den Köpfen der Landproletarier, dann ringt sich auch schon die bessere Erkenntnis durch, aber das muß von uns unterstützt werden, durch Verbreitung von Flugblättern, Kalendern und Hausagitation. Sehr wesentlich wird eine Hausagitation gefördert, wenn gleichzeitig die sozialdemokratische Presse mitverbreitet wird. Und hier liegt der schwierige Punkt. Nimmt der Landbewohner auch gern Flugblätter und sonstige Schriften, so ist er zum Halten eines sozialdemokratischen Organs doch schwer oder gar nicht zu bewegen. Man hört die verschiedensten Ausreden: „Im Sommer habe ich keine Zeit zum Lesen, im Winter kein Geld". Das ist auch leicht verständlich.

Am empfänglichsten ist der Landarbeiter in der jetzigen Zeit. Dies bewirkt schon die Aussicht auf die reiche Arbeitsgelegenheit im Frühjahr und Sommer. Dann bevölkern sich langsam die Ziegeleien; er hört dort manches von den Arbeitern, die im Winter fort waren, spricht mit ihnen über Dinge, an die er in seinem Winterschlafe nicht gedacht hat. Diese Zeit darf nicht versäumt werden. Ist der Landproletarier zum Halten eines täglichen sozialdemokratischen Blattes nicht zu bewegen, dann muß ihm auf andere Art und Weise die sozialdemokratische Lektüre zugeführt werden. Dieses geschieht am besten, wenn wir in gewissen Zeiträumen ihm ein Blatt zustellen, das ausschließlich auf seine Verhältnisse zugeschnitten ist, in dem sich sein ganzes Leben widerspiegelt, und das ist nur möglich durch die Schaffung eines monatlich erscheinenden Blattes für die Landarbeiter und Kleinbauern. (Schluß folgt.)

Mühlberg. Standesschule statt Einheitsschule. Seit längerer Zeit bemühte man sich hier, der Volksschule eine höhere Privatschule anzugliedern, um den Kindern bemittelter Eltern eine bessere Schulbildung zu ermöglichen. Dieser Plan wurde von der Regierung verständigerweise nicht genehmigt. Nun hat der Schulvorstand beschlossen, von Ostern ab eine Abteilung mit gehobenen Klassen der Volksschule anzugliedern. Voraussichtlich soll das Schulgeld für jedes Kind und Jahr 80 Mk. betragen. Eintreten in diese Klassen können Knaben und Mädchen, welche mindestens vier Jahre die Volksschule besucht haben und das nötige Geld bezahlen können. Und das nennt man einen „Beschluß von höchster Wichtigkeit", wenn man die Kinder armer Leute von dieser Abteilung fernhält, während die Besitzenden ihre Kinder höheren Bildungsanstalten zuführen können.

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden 600 Mk. aus Sparkassenüberschüssen zu diesen Zwecken bewilligt. Die Volksschule verliert immer mehr ihren Charakter als wahre Volksschule, und der Gegensatz zwischen reich und arm tritt immer klarer und deutlicher in Erscheinung. Um der Volksschule aber auch entgegenzukommen, wird die 12. Lehrerstelle durch eine Lehrerin besetzt. Doch ändert das nichts an der Tatsache, daß der Unterrichtsstoff der Volksschulen den Besitzenden nicht genügt, für Arbeiterkinder jedoch gut genug ist.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, **für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes** Karl Bock, **Lokales** Otto Niebuhr, **Provinzielles und Versammlungsberichte** Gottl. Kasparek, **sämtlich in Halle.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110314-14/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blöthgen.

Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.

U. a.: **Der schreckliche, unbesiegte Türke, Champion und Scheinwerfer Achmed Maccaroni** *

und das Kolossal-Programm. Letzte 2 Tage!

Nur noch kurze Zeit

dauert

Berndorffs Total-Ausverkauf

zu den Spottpreisen.

Sie kaufen sehr vorteilhaft:

Kleiderstoffe, Drucks, Blusenstoffe,

Schürzen, Strümpfe,

Röcke, Macco-Unterzeuge.

Kragen, 4fach Leinen, **3 Stück 75 Pfg.**

Achtung!

Hervorragend billiges Angebot!!!

Sehr preiswertes **Wohn- u. Speisezimmer**

in **amerik. Nussbaum** modern geschnitzt,

1	nussb. Büffet mit Verglasung	Mk.	**150.—**
1	„ Zweizugtisch	„	**40.—**
1	„ Umbau mit grossem Spiegel	„	**75.—**
1	„ Moquette-Diwan	„	**90.—**
6	„ Rohrlehnstühle à 7.50	„	**45.—**
1	„ Serviertisch	„	**18.—**
		Summa Mk.	**418.—**

Modernes Schlafzimmer

in ff. Satin, Nussbaum imit.

2	moderne Bettstellen 190×90	Mk.	**66.—**
2	Staubfeindpolster-Matratzen	„	**64.—**
1	Schrank mit Hutboden u. Stange	„	**50.—**
1	Waschtisch mit Marmorplatte	„	**36.—**
2	Nachtspinde, geschlossen	„	**40.—**
1	Spiegel	„	**11.—**
2	Stühle	„	**12.—**
1	Handtuchständer	„	**6.—**
		Summa Mk.	**285.—**

1 moderne Küche

blaugrau mit Strichen abgesetzt Mk. **83.—** *

Reiche Auswahl in **Speisezimmern in Eiche, Salons und Schlafzimmern,** alles grundsolide Arbeiten bei billigsten Preisen. — Musterbuch gratis.

Gebr. Kroppenstädt, Halle a. S., Gr. Märkerstrasse 4.

---

* ## Saat-Kartoffeln,

ovale blaue, blaue Nieren, Paulsens Juli=Nieren, Richters Vor=der=Front, blaue Riesen, Up=to=dates, Welfersdorfer, Woldmann, Weltwunder und diverse andere Sorten; unsortierte **weiße runde,** waggonweise auch einzeln, offeriert billigst

Paul Otto, Halle a S., Niemeyerstr. 4. — Fernruf 3329. —

Madenwürmer

Springwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue **Madenwurmmittel „Antiwurm“.** Mit genauer Anweis. 1,20 ℳ, bei Einf. von 1,40 ℳ franko
Bestandt.: Detann. Granatextr. 10,0, Entölt. Cinaextr. 5,0, Aromat. Ricin.-Schokolade 20,0
Laboratorium Leo, Dresden 3. Depots in Halle a. S.: **Engel-Apotheke, Hirsch-Apotheke, Hohenzollern-Apotheke, Löwen-Apoth.** *

Fahrräder, schon gefahren, aber tadellos, mit und ohne Freilauf verkauft f. 45, 50, 60, 80 Mk.
Herm. Schindler, Uhrmacher, Kl. Ulrichstr. 35.

Kakao, eigenes Fabrikat, von **90** Pfg. pr. Pfd. bis Mk. **2.50** empfiehlt
Carl Booch, Breitestr. u. Marktplatz, im Turm.

Platin-Zahngebisse,
Gold, Altertümer
kauft **Holland,** Zapfenstraße 18.

„Seit Jahren litt ich an quälender

Schlaflos-

igkeit, meine Nerven u. mein Körper waren so herunter, daß ich oft der Verzweiflung nahe war. Ich konnte weder arbeiten, noch essen, mein Zustand war erbarmungswürdig. Auf ärztl. Rat trank ich **Altbuchhorster Mark=Sprudel Starkquelle** (Jod-Eisen = Mangan = Kochsalzquelle). Schon nach wenig. Fl. kam der heißersehnte Schlaf wieder. Ich trinke **Mark=Sprudel** seit 4 Mon., habe seit lang. wieder glänzend. Appetit und fühle mich so gesund, frisch und froh, wie nie zuvor. M. J.“ Aerztl. warm empfohl. Fl. 95 Pf.

Zu haben bei: **Wilhelm Hoefer,** Geiststr. 52-60 en gros; in der **Bahnhofs- u. Löwen-Apotheke;** bei **Herm. Pfahl,** L. Wuchererstr. 75; **Hugo Schulze,** Bernburgerstr. 32; **H. Stitz Nchf.,** Gr. Steinstr. 33; **Max Rädler,** Rannischestraße 2; **Oskar Ballin jr.,** Leipzigerstr. 63; **Bruno Berthold,** Gr. Steinstr. 48.

Bettstelle mit Matratze zu verkaufen Goethestr. 4, IV r.

Arbeitsmarkt

Parteigenossen

an allen Orten gesucht für **Vertrieb** effektv. **grossartigen Neuheit 2.50 Mk.-Artikel** (Neu) **Louis Donner, Barmen** Fabrikation von Partei-Ansichten. **Auch als Nebenbeschäftigung sehr lohnend.** Glänzende Anerkennungsschreiben.
Kleines Anlagekapital erforderlich.

Tüchtige Schlosser u. Anreißer

für Baggerbau

ges. bei dauernder, lohnender Beschäftigung. *
Off. u. **V. H. 48** a. d. Exp. d. Bl.

---

20 Erdarbeiter

werden eingestellt. Zu melden Montag mittag **Bennemannsche Mühle.**
Alwiner Verein, Bruckdorf.

Tüchtige Schieferdecker
sucht **L. Bornschein,** Gr. Märkerstr.

Prima deutscher

Speck 65 Pf.

Pfund

Hochfeiner **Alpen-**

Limburger 45 Pf.

Pfund

fette, speckige Ware.

F. H. Krause

— 12 Filialen. —

Aluminium-Schmortöpfe,
hervorragend billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Räumfuhren jeder Art bei. bill.
Alb. Ackermann, Mühlberg 10.

Käse Hochfeiner Holsteiner Holländer
10 Pfd. Probe-Postkolli M. 3.40
Bahnsendungen Pfd. „ 0.32
Gerh. J. Voigt, Kiel.

Allgem. Konsum-Verein, Halle.

Als besten Ersatz für Naturbutter empfehlen wir die allgemein beliebt gewordene

Pflanzenbutter-Margarine „Bonella“

à Pfund **86** Pfg.

Buntglas-Papier,
zum Bekleben der Fensterscheiben.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Strümpfe

jeder Art, neu und Anstricken, sowie neue Strümpfe und Socken empfiehlt **Winterstein,** Oleariusstr. 9, **Gutjahrbrunnen.**

Pa. Harzer Käse
pro Kiste (100 St.) **2,80 Mk.** franko per Nachnahme empfiehlt *
Dampfmolk. Meseritz.

Kopfungeziefer
mit Brut beseitigt am schnellsten **LAUSIN.** Preis 50 Pf.
Nehmen Sie nur echt Lausin.
In Halle: **Otto Kramer,** gegenüber d. Glauchaer Kirche.

Fertige Betten
in allen Preislagen.
Unter- oder **Deckbett**
15.00, **11**.00, **9**.00, **6**.75 Mk.
Ad. Mandelik, Alter Markt 3.

Haltbare Schultornister,
sehr preiswert.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Wohnungs-Anzeigen

Möbliert. Zimmer sofort zu verm. **Zapfenstr. 18.**

Morgen u. jeden Dienstag **Schlachtefest.** **Joh. Fischer,** Gr. Gosenstr. 39.

Jeden Dienstag Schlachtefest. **O. Grabaum,** Mansfelderstraße Nr. 3.

Dienstag: **Schlachtefest.** **Wilh. Nagel,** Glauchaerstraße 23.

Morgen Schlachtefest. **Carl Schade,** Kraussenstraße 15. *

Sehr g. erhalt. **Kinderwagen** umzugshalber **bill. zu verkaufen Osendorf, Hauptstrasse No. 6.**

Kinderwagen, gut erh., zu verk. **Radewell,** Hauptstr. 39 II r.

Fahrrad, 50 Mk., zu verkaufen Harz 35, I r.

Waschgefässe
dauerh., billigst. Mitgl. d. R.-Sp.-V.
Zander, Gr. Klausstraße 12.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Keine Ratte! Keine Maus!
bleibt leben. Legen Sie **Ackerlon** aus. **Wirkung frappant;** à 50 und 100 Pfg. Nur in der Drogerie v. **Otto Kramer,** gegenüb. d. Glauchaischen Kirche.

Der Weg zur Macht

von **Karl Kautsky.**
Preis 50 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Austräger u. die **Volksbuchhandlung** Harz 42/43.

Schmerzlos

gezogen!

Speziell nervösen Patienten zu empfehlen.
Fast gänzlich schmerzl. Zahnziehen 1 M.

Zähne 1.80 M.

mit Kautschukplatte unberechnet, unter Garantie für guten Sitz und Brauchbarkeit.

Spezialität:
Gaumenloser Zahn-Ersatz, Kronen- u. Brückenarbeiten.

Reform-Zahn-Praxis,
Carl Rudolph,
Abteilung Halle,
48 Steinweg 48.
Deutschlands grösstes zahntechnisches Unternehmen. ::
20 Filialen in Deutschland.

Neue Ausgabe

Baupolizei-Verordnung

für das platte Land des Regierungsbezirks Merseburg.
Vom 5. Dezember 1910.
Preis 60 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/43.

Verhältnissehalb. **2 Bettstell.** m. M. sof. spottb. z. vk. Lindenstr. 74 p. l.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unserer lieben Groß- und Schwiegermutter, sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, sowie meinen Arbeitskollegen für ihre werte Anteilnahme unseren herzlichsten Dank.

Wilhelm Weihmann und Kinder.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Schlusskämpfe

Jeder Kampf bis zur Entscheidung.

Heute **Montag** ringen:

Entscheidungskampf

Eberle Deutschland	gegen	**Morzuck** Marokko
Axa Australien	gegen	**Paradanoff** Rußland
Rankin Schottland	gegen	**Eggeberg** Finnland
Apollon Frankreich	gegen	**Jackson** Amerika.

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.
— Fernruf 1181. —

Dienstag den 14. März:
177. Vorstellung i. Ab. 1. Viertel.

Ein Sommernachtstraum.
Lustspiel mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Shakespeare.
Musik v. Mendelssohn=Bartholdy.
Kassenöffn. 7 Uhr. **Anf. 7½ Uhr. Ende 10¾ Uhr.**

Mittwoch den 15. März:
178. Vorstellung i. Ab. 2. Viertel.
Einziges Gastspiel d. Kgl. Sächsischen Kammersängerin Margarete Siems von der Dresdner Hofoper.
La Traviata (Violetta).
Oper in vier Akten von G. Verdi.

Standesamtliche Nachrichten

Halle=Süd (Steinweg 2). 11. März.

Aufgeboten: Eisendreher Pallas und Berta Schaaf (Jakobstr. 44 und Martinsberg 13). Monteur Hoffmann und Luise Hahnemann (Zenkerstr. 3). Arbeiter Berger und Margarete Maurer (Ratswerder 8 und Schwetschkestr. 8). Schlosser Gottschalk und Gertrud Gareis (Büschdorf u. Bernhardystraße 39). Zimmermann Lehmann und Emma Holzweißig (Gollma und Delitzscherstraße 11). Heizer Rosenburg und Auguste Röser (Königstr. 45 u. Leipzigerstraße 56). Lohnkellner Reuter und Emma Hummel (Spitze 13 u. Seeburg). Ingenieur Scheffel und Charlotte Lönnig (Südstraße 53 und Freiimfelderstraße 82/83). Architekt Schmeil und F. Täschner (Halle a. S. und Finsterwalde). Fleischer Runkel und F. Angermann (Ammendorf). Versicherungsbeamter Döge und K. Klenner (Schöneberg).

Eheschließungen: Maurer Krumme und Marie Himpel (Trothaerstr. 5 u. Alter Markt 27). Fleischer Hoffmann und Charlotte Muff (Krukenbergstr. 11). Bäcker Winzer u. Anna Schwarze (Martinstraße 22 und Torstraße 52). Packer Wölfer und Emma Bachmann (Spitze 5 und Amsdorf). Friseur Kluge u. Helene Sandau (Friesenstraße 6).

Geboren: Hilfsschaffner Kitze S. (Herbartstraße 2). Arbeiter Laue T. (Zwingerstraße 28).

Gestorben: Privatmanns Belling Ehefr. Rosalie geb. Knauth, 58 J. (Annenstr. 2) Hofmeisters Kirsch aus Gröbitz Ehefrau Lina geb. Hallbauer, 50 J. (Klinik). Johanne Einicke, 24 J. (Jakobstraße 19). Dachdecker Knöfler, 72 J. (Gr. Sandberg 9). Arbeit. Vocke Ehefr. Hedwig geb. Häsler, 39 J. (Schlosserstraße 16).

Halle=Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 11. März.

Aufgeboten: Maurer Thormann und Anna Lange (Lettin und Gut Gimritz). Ziegeleiarbeiter Geiersbach und Berta Ellinger (Saalwerderstraße 10 und Reilstraße 27 d). Sergeant Erbe und Martha Groß (Reilstraße 128 und Königstraße 72).

Eheschließungen: Stellmacher Arnold und Anna Cronjeyer (Wilhelmstraße 4). Buchbinder Ristler und Anna Kluge (Adolfstraße 7 und Triftstraße 4).

Geboren: Arbeiter Stengel S. (Wittekindstr. 25). Arbeiter Wiebach T. (Burgstr. 12). Steinsetzer Paarsch S. (Triftstr. 9).

Gestorben: Malermstr. Salzer, 44 J. (Trothaerstraße 69). Arbeiters Rößler Sohn, 7 Monate (Trothaerstr. 78). Witwe Löscher, Henriette, geb. Rupilius, 78 J. (Wilhelmstr. 43). Geschirrführers Franke T., 2 Mon. (Gut Gimritz).

Sonntag abend entschlief sanft, nach langem, schwerem Leiden, meine inniggeliebte Frau, unsere treusorgende Mutter, Frau

Anna Gräfe geb. Bruchhardt

in ihrem 30. Lebensjahre.

Im tiefem Schmerze

Ernst Gräfe und Kind, Familie Bruchhardt.

Halle a. S., Lessingstraße Nr. 11, 13. März.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Nord=Friedhofes aus statt.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jlgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110314-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 62 — Halle a. S., Dienstag den 14. März 1911 — 22. Jahrg.

Die Rechtsräuberei.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen wird vernichtet!

Bei den Verhandlungen in der Reichstagskommission für die Versicherungsordnung traten in der ersten Lesung nur die Konservativen und Nationalliberalen für die Regierungsvorlage (Vernichtung der Arbeiterrechte in den Krankenkassen) ein. Dessen hat man sich um so mehr zu erinnern, als sich nun kurz vor Abschluß der Verhandlungen in der Kommission plötzlich Freisinnige Volkspartei und Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen zu dem tückischen Schlage vereinigten, der

das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter aufhebt.

Bemerkenswert für die Stellung des Zentrums gegen frühere Erklärungen maßgebender Personen ist eine Aeußerung des Abg. Giesberts auf dem Zentrumsparteitage am 18. Oktober 1908 in Neuß. Giesberts wies auf die Gefahr hin, die mit der Reform der Arbeiterversicherung verknüpft sei und fuhr dann fort:

Man strebe dahin, bei den Krankenkassen die Zweidrittelmehrheit der Arbeiter zu beseitigen und zu bestimmen, daß die Arbeiter zwar nur die Hälfte der Kosten tragen, dafür aber auch den Vorstand nur zur Hälfte besetzen sollen. Die Kassenvorsteher sollen nicht mehr gewählt, sondern von den Gemeinden angestellt werden; wir erhalten danach also kommunale Krankenkassen. **Eine solche Bureaukratisierung der Krankenkassen könne man nicht wünschen.** Die Regierung sage, man wolle es der Sozialdemokratie unmöglich machen, die Kassen parteipolitisch auszunutzen. Hier und da möge ein solcher Mißbrauch stattgefunden haben, aber die Gerechtigkeit erfordere es, anzuerkennen, daß **die von Sozialdemokraten verwalteten Kassen in ihren Leistungen nicht zurückstehen gegen andere Krankenkassen.** Einer Ausnutzung zu parteipolitischen Zwecken würde ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden, wenn für die Vertreterwahl die Verhältniswahl festgestellt würde. Dann würde es einer Rückwärtsrevidierung der Versicherungsgesetze nicht bedürfen. **Die Arbeiter legen Wert darauf, daß ihnen von den gewährten Rechten nichts genommen wird.**

Entgegen dieser Erklärung bekehrte sich in den letzten Sitzungen der Kommission Herr Becker, ein Arbeitersekretär der christlichen Gewerkschaften, zu der konservativen Auffassung, der Einfluß der Arbeiter, besonders bei der Wahl der Angestellten, müsse möglichst zurückgedrängt werden. Der Vertreter des Zentrums legte größeren Wert darauf, die eigentliche Ausübung der Verwaltungsgeschäfte in die Hände von Personen zu legen, die nur mit Zustimmung der Unternehmer gewählt werden dürfen. Mit dieser Aenderung hatte man den gleichen Zweck erreicht, den die Vorlage beabsichtigte, nur war von diesen „Arbeitervertretern" des Zentrums den Unternehmern die höhere Beitragsleistung erspart worden, die die Regierungsvorlage wollte. **Ohne irgend welche Kompensation schaltete man die Arbeiter fast gänzlich aus der Verwaltung aus!** Aber nicht nur bei der Wahl der Beamten wurde der Einfluß der Arbeiter ausgeschaltet, auch bei Aenderungen des Statuts soll nach den Kommissionsbeschlüssen ein übereinstimmendes Votum der Unternehmer und Arbeiter notwendig sein. Nachdem dieser verräterische Streich gegen die Arbeiter vom Zentrum unternommen war, entdeckte auch der Vertreter der Freisinnigen Volkspartei, Herr Dr. Mugdan, wieder seine Liebe zu den Kassenverwaltungen und schloß sich dem schwarzblauen Block und den Nationalliberalen zu gemeinsamer Aktion gegen die Kassenverwaltungen an.

Ehrlicher als diese zweifelhaften Volksfreunde erklärten schon die konservativen Redner, daß es für sie mehr eine politische Frage sei, daß die Krankenkassenverwaltung den Händen der Arbeiter entrissen werde. Es sei, führte ein konservativer Redner aus, eine eigenartige Sache, daß die Verwaltung einer Korporation, die mit öffentlich rechtlichen Befugnissen ausgestattet sei, sich in den Händen von Sozialdemokraten befinde, und von den Vertretern der Regierung wurde ganz offen bemerkt, es sei ein unleidlicher Zustand, daß beispielsweise an der Spitze einer so großen Kasse, wie der Leipziger Ortskrankenkasse, ein bekannter Sozialdemokrat (Pollender) stehe. Das sind die Gründe, die die Konservativen offen darlegten, die Liberalen aber in kluger Vorsicht für sich behielten, um die Arbeiter hinterlistig zu entrechten. Wie die Gründe aber auch waren: in der Sache stellte sich die Kommissionsmehrheit auf den Standpunkt der preußischen Herrschaft: **Sozialdemokraten dürfen keine einflußreiche Stellung in der Verwaltung öffentlicher Korporationen einnehmen, Sozialdemokraten sind minderen Rechts.**

Sehr interessant gestaltete sich auch die weitere Diskussion insofern, als Graf Westarp im einzelnen darlegte, daß das Urteil in der Sache des Bürgermeisters Schücking im wesentlichen die Grundsätze festlege, die künftig auch für eine Entlassung der Krankenkassenangestellten maßgebend seien. Obwohl nun die Freisinnige Volkspartei in der Presse und im Parlament gerade dieses Urteil wiederholt einer herben Kritik unterzogen hat, blieben die Vertreter dieser Partei in der Reichstagskommission bei dieser Ankündigung stumm, obgleich ihnen die Schlußfolgerung des konservativen Redners von sozialdemokratischer Seite noch einmal vorgehalten wurde. Es bestätigt sich auch hier die Erfahrung, daß die Maßnahmen, die den Herren von der „Fortschrittlichen" Volkspartei unangenehm sind, dann keinen Anlaß zur Abwehr geben, wenn sie der Sozialdemokratie gelten.

Noch einen Schritt weiter ging der Fortschritt mit dem schwarzblauen Block, indem auch der Vorschlag seine Zustimmung fand, das künftig Beamte lebenslänglich mit den Befugnissen eines Staatsbeamten in den Krankenkassen angestellt werden können. Das sind die Vertreter einer Partei, die sich wiederholt beklagen, daß in der städtischen Verwaltung die Aufsichtsbehörde im Dienste konservativer Einflüsse stehe. Die Herren haben kein Bedenken, die Arbeiterversicherung der gleichen Bevormundung zu unterstellen.

Damit aber nicht genug in der Benachteiligung der Arbeiter. Leichten Herzens opferte das Zentrum für die Landarbeiter überhaupt jede Anteilnahme und jeden Einfluß an der Verwaltung der Krankenkassen. Den Großgrundbesitzern zuliebe verständigte man sich dahin, ihnen zu gestatten, eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen, wenn sie auch nur kurze Zeit mindestens 50 Arbeiter beschäftigen, eine Maßnahme, die dazu führen wird, daß die Landkrankenkassen von den kleinen Grundbesitzern erhalten werden müssen, während die großen, die zahlungsfähigen, bei der Beitragsleistung ausschalten. Weiter wurde ihnen die Vergünstigung zuteil, daß Ausländer, die erkranken und in die Heimat abgeschoben werden, mit einer einmaligen Entschädigung abgefunden werden können. Diese Entschädigungen werden wohl in der Regel so bemessen sein, daß sie nicht allzu groß und nicht zum Schaden des Großgrundbesitzers ausfallen.

Vergleicht man mit diesem Schlage gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen die Stellung der bürgerlichen Parteien zu den Berufsgenossenschaften, so erscheint ihre Haltung noch skandalöser. Jeder Versuch, an der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften eine Aenderung vorzunehmen, stieß auf den nahezu einstimmigen Widerspruch der bürgerlichen Parteien. Die Absicht des ersten Entwurfs, bei der Unfalluntersuchung und Festsetzung der ersten Renten die Arbeiter mit teilnehmen zu lassen, wurde abgelehnt, weil die Berufsgenossenschaften „nicht wünschten", daß die Arbeiter zugezogen würden. Selbst die Bestimmung, daß bei der Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften Arbeiter mitwirken, mußte fallen, weil die Berufsgenossenschaften darin einen „Eingriff in ihre Selbstverwaltung" sahen. Die Unfallverhütung ist aber eines der wichtigsten Kapitel der Arbeiterversicherung, die dringend die Mitwirkung der Arbeiter erfordert hätte. Eine Anregung aus den Kreisen des Zentrums, wenigstens einen Arbeiter als Staffage mit in den Vorstand der Berufsgenossenschaft hineinzunehmen, verschwand sofort, als von der Regierung erklärt wurde, daß man den Berufsgenossenschaften eine „solche Zumutung" nicht stellen könnte.

Schon die Gegenüberstellung dieser Beschlüsse ergibt brutal einseitige Art, in der die Kommission die Interessen der Unternehmer gegen die der Arbeiter vertrat. So ist der Abschluß der Verhandlung in der Kommission **ein gemeinsamer Vorstoß der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeitervertretung in den Krankenkassen,** eine Verzichtleistung auf die „Mutterschaftsversicherung und ein Aufgeben großer Reformen. Das „große" Werk ist ein Paragraphengewirr, dem in der Kommission keine Klarheit gegeben, sondern im Gegenteil manche Schwerfälligkeit angehängt wurde. Wir sind überzeugt: die Entrechtung der Arbeiter wird in der gesamten Arbeiterschaft die lebhaftesten Proteste hervorrufen, vor allem aber politische Klarheit in die Massen tragen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Maschinisten und Heizer in der Oderschiffahrt.

Vom 4. bis 7. März fanden in Breslau, Fürstenberg und Stettin stark besuchte Mitgliederversammlungen der Maschinisten und Heizer statt, die Stellung nahmen zu dem Tarifvertragsentwurf für das Stromgebiet der Oder. Die Versammlungen beauftragten die Organisationsleitung, ungesäumt den Tarifvertrag in der bekannt gegebenen Fassung an die Unternehmer einzureichen. Von einer Regelung der Arbeitszeit (Regelung der Nacht- und Sonntagsruhe) ist Abstand genommen worden, weil dies bekanntlich demnächst eine gesetzliche Regelung erfahren soll. Die Forderungen bestehen in der Hauptsache in einer zehnstündigen Arbeitszeit an den Häfen und Umschlagplätzen sowie in einer Lohnzulage von 10 Mk. pro Monat für Maschinisten und einen Mindestlohn von 110 Mk. pro Monat für Heizer, Bezahlung von Ueberstunden usw.

Die Versammlungen standen unter dem Zeichen ernsten Wollens und fester Entschlossenheit. 500 Maschinisten und Heizer, gestützt auf ihre gute Organisation, sind nun bereit, diesen Lohntarif unter allen Umständen zur Anerkennung zu bringen.

Tarifbewegung der Lithographen und Steindrucker in Böhmen.

Die der tschechischen und österreichischen Organisation angehörigen Steindrucker und Lithographen befinden sich seit Ende v. J. im Ausstand. Inzwischen unterhandelten die Unternehmer mit der tschechischen Gehilfenorganisation und schlossen mit dieser einen sechsjährigen Tarif ab. Die Unterhandlung geschah auf Wunsch der Unternehmer ohne Hinzuziehung des österreichischen Senefelder-Bundes. Spätere Unterhandlungen der Unternehmer mit dem österreichischen Senefelder-Bund waren ergebnislos. Die Unternehmer wollten den mit den tschechischen Gehilfen abgeschlossenen Tarif auch auf das deutsch-böhmische Gebiet geltend machen. Das lehnten die Vertreter des österreichischen Senefelder-Bundes entschieden ab. Der Kampf geht also weiter. In Gehilfenkreisen herrscht wegen des Vorgehens der Tschechen große Aufregung, zumal die österreichische Organisation sich bereit erklärt hatte, die tschechischen Streikenden aus ihrer Organisationskasse zu unterstützen.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die Breslauer Holzarbeiter streiken weiter; sie haben nach stundenlanger Debatte mit 1011 gegen 194 Stimmen beschlossen, den Streik fortzusetzen, obgleich der Zentralvorstand des Holzarbeiterverbandes alle Mittel zur Unterstützung der Streikenden verweigerte. Die nicht angestellten Mitglieder der örtlichen Verwaltung legten infolge dieses Beschlusses ihre Aemter nieder. Ausständig sind rund 1200 Mann. — Bei den streikenden Bildhauern hat sich die Situation nicht verändert.

Der Industriearbeiter-Verband Solingen erklärte wegen Maßregelung eines Arbeiters für sämtliche Waffenarbeiter der Firma Weyersberg, Kirschbaum & Ko. den Streik.

Hohenlohe Hafer-Flocken

geben delikate Suppen, Frühstück für Alt u. Jung. Bewährte Kindernahrung.

In gelben Paketen mit dem Bilde der Schnitterin.

Jedes Paket enthält Gutschein für Schokolade.

Sozialpolitische Abrechnung.

Deutscher Reichstag.

145. Sitzung. Sonnabend, den 11. März 1911, mittags 12 Uhr.

Zweite Beratung des

Etats für das Reichsamt des Innern.

Die Beratung beginnt beim Titel Staatssekretär.

Die Sozialdemokraten verlangen in einer Resolution einheitliche Regelung der Verhältnisse der für die industriellen Werke bestehenden Pensionskassen, in einer anderen die Vorlegung eines Reichsberggesetzes.

Zentrum und Konservative wünschen Ergänzung und Verschärfung der Bestimmungen über die Wanderlager, das Zentrum außerdem für die Einzelstaaten die Möglichkeit, die Bestimmungen über die Detailreisenden und Hausierer weitgehend einzuschränken.

Weiter wünscht das Zentrum die Schaffung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge.

Eine Resolution, die von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnet ist, wünscht, daß im Verein mit Oesterreich eine deutsche Einheitsziehharmonika geschaffen wird.

Abg. Dr. Piper (Zentr.) bittet um Beschleunigung der Erwägungen über den vom Reichstag schon 1907 angenommenen Antrag, der einen Gesetzentwurf über die Kartelle und Trusts verlangt. Meine Freunde wollen dem Handwerk helfen durch Zuweisung guter Arbeit; deshalb haben wir schon früher verlangt, daß dem Reichstag eine Nachweisung über den Umfang der vom Reich an Handwerker vergebenen Lieferungen vorgelegt wird. Ebenso wünschen wir, daß mit Energie Ermittelungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes angestellt werden. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollten das Recht erhalten, in Einzelfällen Verfügungen zu treffen. Im Jahre 1908 hat meine Fraktion einen Antrag auf Ausbau der Tarifverträge eingebracht. Der frühere Staatssekretär v. Bethmann Hollweg und auch der jetzige haben sich sympathisch dazu ausgesprochen. Wir haben deshalb die Resolution beantragt, welche die Schaffung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge wünscht. Wir hoffen, daß das Reichsamt des Innern energisch die Führung in dieser Angelegenheit übernimmt. (Bravo! im Zentr.) In bezug auf die Fortführung der Sozialreform macht sich in manchen einflußreichen Kreisen eine gewisse Ermüdung geltend. Aber diese Fortführung ist eine nationale Aufgabe, zu der die bisherigen Erfolge nur ermutigen können. (Beifall im Zentr.)

Abg. Pauli-Potsdam (kons.): Die Ermüdung, von der der Vorredner sprach, ist nicht verwunderlich; sie rührt von dem

schnellen Tempo unserer Sozialpolitik

her, in der wir viel weiter gegangen sind, als die kaiserlichen Erlasse einst im Auge hatten. Dem Gedanken der Tarifverträge stehe ich sympathisch gegenüber; aber ihr Abschluß wird immer schwieriger, weil die Vertreter der Arbeiterorganisationen wochen- und monatelang die Verhandlungen hinziehen — sie werden ja für ihre Tätigkeit bezahlt — und die Arbeitgeber die Last solcher Verhandlungen nicht auf sich nehmen können. — Außerhalb Deutschlands gibt es fast gar keine Sozialpolitik; **aber auch wir dürfen den Bogen nicht überspannen, sonst springt er.** (Bravo! rechts.) Die Privatbeamtenversicherung erfreut sich der wärmsten konservativen Sympathien. Redner sucht nachzuweisen, daß die Konservativen ihre Mittelstandsanträge nur aus uneigennütziger Liebe zum Handwerk und nicht etwa zu Wahlzwecken einbringen. (Lachen links. Bravo! rechts.)

Abg. Fischer (soz.):

Auf die Ausführungen des Herrn Pauli einzugehen, verlohnt sich wirklich nicht. (Lebh. Zustimmung links.) Daß gerade er der konservative Generalredner war, ist bezeichnend für den Tiefstand konservativer Sozialpolitik. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Herr Dr. Piper pries die deutsche Sozialpolitik. Was in ihr erreicht worden ist, mußte durchgesetzt werden im harten Kampfe gegen die Unternehmer. Jetzt, da wir am Schluß der Legislaturperiode stehen, ist es am Platze, einmal

einen Rückblick

auf die Leistungen dieses Reichstags auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu werfen. Was war das für ein Jubel unter den Staatserhaltenden, als die Sozialdemokratie angeblich „niedergeritten" war. Wenn sich Fürst Bülow in der Villa Malta einsam fühlt, kann er sich ja die Zeit mit der Lektüre der damaligen Sieges-Rodomontaden vertreiben. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Damals wurde in der Thronrede die Fortführung der Sozialpolitik verheißen. Allerdings war nur von der Sozialpolitik „Wilhelms des Großen", nicht von den Februarerlassen des jetzigen Kaisers die Rede. (Hört, hört!) Aber überall erklang es damals: nun erst recht Sozialpolitik.

Sozialpolitik gegen die Sozialdemokratie.

So sprach Bülow, so Bassermann, so Bülows nachmaliger Nachfolger, der Kanzler der gottgewollten Abhängigkeitsphilosophie. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die größten Versprechungen wurden gemacht: Privatbeamtenversicherung und Arbeitskammergesetz und wer weiß, was sonst noch. Der

Benjamin des Bülowblocks,

Herr Mugdan (Große Heiterkeit), verhöhnte das Zentrum wegen der Ergebnislosigkeit seiner papiernen Sozialpolitik. (Hört, hört! bei den Soz.) Und was ist nun das positive Ergebnis gewesen? Wir hörten Worte, Worte, Taten aber sehen wir gar nicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. Gamp, der heute wieder nicht da ist (Heiterkeit), bekannte sich als Anhänger der Fortführung der Sozialpolitik und als Gegner jedes Schrittes nach vorwärts. Das war jene Art von Sozialpolitik, deren Vertreter nicht ruhten, bis sie den wirklichen Sozialpolitiker, den Grafen Posadowsky, gestürzt hatten. Der wußte, was ihm bevorstand. Er sprach von „giftigen" Angriffen, die ihn jedoch nicht bewegen würden, Staatssekretär gegen Sozialpolitik zu sein. (Hört, hört! bei den Soz.) Das war sein Schwanengesang. Auf Posadowsky folgte Theobald. (Heiterkeit.) Was versprach nun Theobald? Den Zehnstundentag, im Grunde nur die gesetzliche Festlegung der Errungenschaften der Gewerkschaften. Weiter die Ausdehnung der Sonntagsruhe, das Arbeitskammergesetz, das heute noch nicht erreicht ist. Warum nicht? **Weil die Regierung die Wünsche des Zentralverbandes erfüllend, den Arbeitern keine genügende Vertretung zubilligen will,** namentlich nicht den Arbeitern ihrer eigenen Betriebe. So setzt der Staatssekretär von 1911 seinen Fuß auf die kaiserlichen Erlasse von 1890. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weiter die Reichsversicherungsordnung, die nur

das Attentat verschleiern

soll, das gegen die proletarische **Selbstverwaltung der Krankenkassen** geplant ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den schönen Worten sind keine Taten gefolgt, oder das Gegenteil des Versprochenen.

Also Bluff und Humbug!

(Stürm. Zustimmung b. d. Soz.) **Das Zentrum war damals**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110314-14/fragment/page=0005

oppositionell. Herr Trimborn führte aus: „Was nützen uns allgemein gehaltene Bekenntnisse zur Sozialreform, wie wir sie in Botschaften, Thronreden und gelegentlichen Ansprachen von Bundesratsmitgliedern und noch höheren Stellen gehört haben. (Sehr gut! in der Mitte.) Diese allgemeinen Bekenntnisse verlieren allmählich jeden Wert, wir wollen endlich Vorlagen sehen." Können Sie es uns verdenken, wenn auch wir sagen, diese allgemein gehaltenen Bekenntnisse zur Sozialreform verlieren allmählich jeden Wert.

wir wollen Vorlagen,

wir wollen ihre Durchführung, wir wollen Gesetze sehen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Herr Trimborn verlangte damals die Witwen- und Waisenversicherung, die Sonntagsruhe im Schiffahrtsgewerbe, die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten in Rechtsanwaltsbureaus, den Schutz der Frauen und Jugendlichen in gesundheitsschädlichen Betrieben, kurz, ein ganzes, sozialpolitisches Programm. Auch Herr Spahn entwarf ein solches Programm der Zentrumspartei. Namentlich verlangte er die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die Sicherung und den Ausbau des Koalitionsrechts, ebenso der Tarifgemeinschaften. Was hat die Zentrumspartei in diesen vier Jahren getan, um dies Programm zu erfüllen? Wenn es nur die Hälfte des Einflusses aufwenden wollte, den es zur Durchführung der Finanzreform aufbrachte, so wäre dies Programm längst erfüllt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nach den Februar-Erlassen sollten die

Staatsbetriebe Musterbetriebe

sein. Das Zentrum läßt es zu, daß sie aus dem Arbeitskammergesetz herausgenommen werden. Als bei der Finanzreform die besitzenden Klassen und die Junker zum Zahlen herangezogen werden sollten, setzte das Zentrum seinen Einfluß ein, damit

die Regierung und der Kanzler über die Klinge sprangen.

Beim Arbeiterschutz geht es jedem Kampf mit der Regierung aus dem Wege. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Als 1897 Stumm beantragte, eine Witwen- u. Waisenversicherung für alle Arbeiter einzuführen, kam das Zentrum mit dem Antrage, diese Versicherung nur auf die Fabrikarbeiter zu beschränken. In den letzten Tagen hielt Herr Gröber eine prächtige Rede für unsere Resolution zum Marineetat, wonach zur Regelung der Arbeitsverhältnisse auch die Arbeiterorganisationen herangezogen werden sollten. Dann aber stimmte das Zentrum geschlossen

gegen dieselbe Resolution beim Militäretat.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) In der Reichsversicherungsordnung beantragte die Regierung neben der Entrichtung der Arbeiter in den Krankenkassen doch wenigstens auch die höhere Belastung der Unternehmer; in der Kommission strich das Zentrum die erhöhten Lasten, aber trat ein

für die Entrichtung der Arbeiter.

(Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Solange der konservativ-liberale Block bestand, schwitzten Regierung und Blockparteien förmlich sozial-reformerische Versprechungen, aber

Sozialreform wurde nicht getrieben.

Jetzt beim blauschwarzen Block hören wir auch keine Versprechungen mehr, das Gefühl der sozialen Ermüdung ist über das Zentrum gekommen. Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo, heißt es im Zentrum, der Osten hat über den verseuchten Westen gesiegt, die Berliner Richtung über die christlichen Arbeiter des Westens, welche die Sozialreform ernst genommen haben,

die Ritter und die Heiligen

wollen nichts davon wissen, das Zentrum ist aus dem demokratischen Lager ins konservative abmarschiert. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf seinem letzten Münchner Parteitage hat es nicht als erste Forderung erhoben: Kampf gegen die Sozialdemokratie — der ist ja beim Zentrum selbstverständlich und ist auch sein gutes Recht. Aber das Zentrum ging weiter und sprach sich offen aus

für Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter.

Die Partei, die groß geworden ist, in den Ausnahmegesetzen des Kulturkampfes, die groß geworden ist in Klagen über das mindere Recht der Katholiken, die beständig den Toleranzantrag einbringt und über die Zurücksetzung ihrer Glaubensgenossen im Staat und in der Verwaltung klagt, diese Partei fordert

ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter.

(Zuruf i. Zentr.: Wer hat das gefordert?) Sie forderten, daß jedem, der sich offen zu den Grundsätzen und Zielen der Sozialdemokratie bekennt, die Aufnahme in den Staatsdienst versagt wird. (Hört, hört! b. d. Soz. Zuruf im Zentr.: Nur Leuten mit staatsfeindlicher Gesinnung!) Waren Sie denn nicht Zahrzehntelang die Reichsfeinde? Die Reichsfeindschaft und Staatsfeindschaft der Sozialdemokratie hat Sie doch nicht gehindert, bei den letzten Wahlen

Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie

zu treffen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Mancher von Ihnen säße nicht hier, wenn wir Staatsfeinde nicht für Sie gestimmt hätten und auch mancher von uns säße nicht hier, wenn Sie nicht für Staatsfeinde gestimmt hätten. (Sehr gut! links.) Es gibt übrigens auch Leute, welche sagen, Sie seien noch viel gefährlichere Staatsfeinde als wir, die Sie Ihren Lehrern und Geistlichen den Antimodernisteneid auferlegen. Unsere Staatsfeindschaft hat den Fürsten Bismarck nicht gehindert, nach Frankfurt zu telegraphieren: Fürst wünscht Sabor! Und ich weiß nicht, was wohl Herr v. Heydebrand darum geben würde, wenn wir so dumm wären, zu sagen: unsere staatsfeindliche Gesinnung gestattet uns nicht, für Freisinnige und Nationalliberale zu stimmen. (Lebh. Sehr gut! links.) Diese Redensart von der Staatsfeindschaft ist gerade beim Zentrum am allerschlechtesten angebracht, sie ist eine

so dumme und blödsinnige Heuchelei,

daß man sich wundern muß, daß ernste Männer im Reichstag damit kommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Der Bischof Henle von Regensburg hat das im bayrischen Reichsrat noch unterstrichen; er sagte: Apostel Paulus hat immer dahin gewirkt, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken;

wer Knecht ist, soll Knecht bleiben,

wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entboben wird. Das sagte der Bischof im Jahre 1910 in einer Polemik über soziale Gesetze. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das heißt doch nichts anderes als: wir vom Zentrum können von der Regierung keine anderen sozialen Gesetze verlangen, als die sie freiwillig erlassen will. (Sehr wahr! b. d. Soz. Widerspruch des Abg. Giesberts (Zentr.) — Daß Sie, Herr Giesberts, sich dagegen mit Händen und Füßen wehren werden, ist ja begreiflich. (Zust. b. d. Soz.) Sie sagten ja auch auf dem Brandenburger Kongreß: wer die Sozialdemokratie groß gezogen hat, mag sie auch bekämpfen; „die Aufgabe der christlichen Gewerkvereine ist das nicht, auch die sozialdemokratischen Arbeiter sind unsere Brüder." Und gegen diese Brüder hat das Zentrum auf seinem Parteitag die Resolution gefaßt, sie

wegen ihrer Gesinnung

aus den Staatsbetrieben herauszutreiben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Warum dieser Stillstand der Sozialreform auf der ganzen Linie? Am 11. Februar hat der Staatssekretär ganz offen erklärt, wir befinden uns im Beginn einer auffteigenden Konjunktur. Wann wollen Sie denn Sozialpolitik treiben, wenn nicht zu solcher Zeit? Weshalb also der Stillstand? Etwa aus Mangel an Mitteln? Bei den letzten Wahlen haben wir vernommen, wie der Reichskanzler und sein Gefolge wunderschöne

Reden hielten über den Reichtum der Kolonien, die Millionen sprangen nur so.

Auch der jetzige Staatssekretär des Innern sagte, der jährliche Ueberschuß, den das deutsche Volk erzielte, wäre mit 4 Milliarden nicht zu hoch geschätzt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Da kann man doch nicht sagen, die deutsche Industrie sei so belastet, daß sie keine Mittel mehr zur Durchführung der Sozialreform habe, namentlich, wenn wir einen Blick auf die wirklichen Kosten der Unternehmer für die Versicherungsgesetzgebung werfen. Die Krankenversicherung kostet pro Versicherten 7,55 Mk., die Unfallversicherung 8 Mk. pro Kopf, die Alters- und Invalidenversicherung 5,80 Mk., also im ganzen kommt pro Jahr auf jeden Versicherten 21,35 Mk. zirka, das macht, auf den Tag berechnet, ganze

sieben deutsche Reichspfennige.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Und wenn wir die Industrie und die Landwirtschaft besonders betrachten, so macht es in der Industrie 12 Pf., in der Landwirtschaft 5 Pf. pro Kopf. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und da soll eine Industrie, die

jährlich vier Milliarden

zurücklegen kann, nicht in der Lage sein, eine bessere Sozialreform zu ertragen. — Wenn die Herren unter sich sind, sprechen sie auch ganz anders. Ein Unternehmer, ein Mitglied der rechten Seite dieses Hauses, sagte in einer Versammlung von Unternehmern, diese Beträge kommen auf das Unkostenkonto, auf das Lohnkonto, denn sie seien ja **nur ein Teil des Lohnes.** (Hört, hört! b. d. Soz.) Jedenfalls sei es sicher, daß man von einem besonderen Druck dieser Belastung nicht reden kann, sie betrage ja höchstens ½ Proz. des Jahresumsatzes; das, meine Herren, fuhr er fort, ist eine so geringe Summe, daß es unbillig und ungerecht wäre, davon

ein großes Geschrei

zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen können. Zudem darf nicht vergessen werden, daß diejenigen Länder, mit denen wir im Weltmarkt in erster Linie zu konkurrieren haben, England und Amerika, erheblich höhere Arbeitslöhne bezahlen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das sagte der freikonservative Abgeord. ete Schmidt-Altenburg, es genügt vollständig, um das Geschrei zu kennzeichnen, die sozialen Lasten machen das Unternehmertum konkurrenzunfähig mit dem Ausland. Und was für Opfer bringen die Arbeiter?

In einem einzigen Jahr sind bei den Unfällen

9363 Personen zu Tode gekommen,

1108 sind dauernd Krüppel geworden, die **Verunglückten hinterließen 6272 Witwen und 13 388 Waisen.** (Hört, hört! b. d. Soz.) Davon hören wir bei den Unternehmern und in der bürgerlichen Presse nichts. Diese Zahlen sind so schrecklich, daß man meinen sollte, jeder der ein Herz in der Brust hat, sollte alles daran setzen, daß die Gesetze zur Verhütung von Unfällen durchgeführt werden. Aber wir sehen die Konservativen und das Zentrum, Hand in Hand, bemüht, das Gesetz für Unfallverhütung umzuwandeln in

ein Gesetz gegen Unfallverhütung.

(Zust. b. d. Soz. Widerspr. i. Ztr.) — Besonders hoch ist die Zahl der Unfälle an landwirtschaftlichen Maschinen. **Von den 21 022 Unfällen, von denen weibliche Arbeiterinnen über 16 Jahre betroffen wurden, entfallen auf die Landwirtschaft** 18 236. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist so auffallend, daß sogar der Kaiser sich im Landesökonomiekollegium an das Gewissen seiner agrarischen Mitbürger wandte. Er führte aus, daß er sich danach erkundigt habe, ob bei dieser großen Zahl von Unfällen, die dadurch herbeigeführt wurden, daß die Röcke der Mädchen von den Transmissionswellen erfaßt wurden, denn keine Schutzvorschriften bestanden, und er hätte erfahren, daß in allen diesen Fällen, die polizeilichen Vorschriften außer Acht gelassen waren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten verlangten, daß, wenn die Unfall-Berufsgenossenschaft ihre Pflicht zu lässig erfüllt, das Reichsversicherungsamt zuständig sein soll zum Erlaß von Schutzvorschriften. Vor wenigen Wochen erst haben die Konservativen und das Zentrum in der Kommission für die Reichsversicherungsordnung sich

ausdrücklich gegen solche Befugnis des Reichsversicherungsamts

erklärt (Hört, hört! b. d. Soz.) und gegen diese Verschlechterung des Entwurfs auf Kosten von Leben und Gesundheit von Tausenden von Mädchen und Frauen hat die Regierung nicht gesagt: das lasse ich nicht zu. Es ist ja

nicht Fleisch von ihrem Fleisch, nicht Blut von ihrem Blut.

(Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Regierung fügt sich den Wünschen des Zentralverbandes der Industriellen, nur deshalb ist die große Gewerbeordnungsnovelle zurückgezogen. Was für ein

Armutszeugnis für die sozialpolitische Tätigkeit

der Regierung ist es, daß sie bis heute noch nicht den Mut gefunden hat trotz aller skandalösen Zustände die Konkurrenzklausel zu beseitigen. Wir brauchen uns über das innige Verhältnis der Regierung zum Zentralverband nicht zu wundern, an der Ehrentafel des Festes, das ihm zu Ehren gegeben wurde, saß ja Herr Bueck zwischen den Staatssekretären Delbrück und Sydow. Auf Arbeiter- und Gewerkschaftskongresse zu kommen, haben die Herren natürlich keine Zeit. (Sehr wahr!) Wie wohl müssen sie sich gefühlt haben, als Herr Bueck sie in ganz ähnlicher Weise abkanzelte wie Herr v. Heydebrand den Reichskanzler. (Heiterkeit.) Herr Bueck tadelte es, daß das Reichsamt des Innern bei der Bauarbeitersperrung seine Vermittlung angeboten hat, und daß es fortgesetzt

der Sozialdemokratie Vorschub

geleistet habe. (Schallende Heiterkeit links.) Er schloß seine Rede mit den Worten: „Unter Ueberwindung der kleinlichen Spaltungen in der Industrie muß diese jetzt geschlossen die

Gewerkschaften niederkämpfen und vernichten.

Das muß das Ziel des Kampfes sein." (Hört, hört! b. d. Soz.) Als wenige Tage nachher der Reichskanzler hier sprach, konnte man glauben, daß das auch das Programm der Regierung ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Er hat allerdings in seiner gottgewollten Abhängigkeit selbstverständlich die Verwahrung vorausgeschickt, ich nehme von niemandem und von keiner Seite Direktiven an". (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Schade, daß Herrn v. Heydebrands Gesicht, als er diese Worte hörte, nicht für den Kinematographen festgehalten wurde. (Große Heiterkeit.) Wir werden den Kampf mit der Regierung aufnehmen, aber wir sind auch hier, um

Anklage zu erheben

gegen die bürgerlichen Parteien, die ihre Versprechungen nicht erfüllen. Herr Trimborn sagte 1907, die Jahre 1905 und 1906 sind sozialpolitisch unfruchtbar gebliehen. Wir können hinzufügen, die nachfolgenden Jahre waren nicht bloß unfruchtbar, sondern auch erfüllt von allen möglichen Bestrebungen, die Wiederstandskraft der Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen zu brechen, und wenn das nicht in dem Maße gelungen ist, wie die Regierung und die bürgerlichen Parteien es wollen, so haben die deutschen Arbeiter das

der Sozialdemokratie zu danken.

39] **Was ist Ruhm?** [Nachdr.verb.

Roman von Max Kretzer.

Lorensen war verschwunden, denn während Kempen sich der reinen Anregung durch die Musik hingab, hatte er andere Dinge im Kopf, zwar auch das Weib, aber weniger himmlisch, mehr als Erdenmittel zum alltäglichen Zweck. Er war Marianne gefolgt, die sich auf einige Minuten aus ihrer Gruppe hinweg gestohlen hatte und nun im Begriff war, wieder zurückzukehren.

„Bleiben Sie doch noch ein Weilchen", sagte er leise und versperrte ihr den Weg mit der Sicherheit eines jungen Mannes, der sich seiner Sache gewiß ist.

Sie waren in einem kleinen Zimmer, das dicht neben dem Saal lag und eine Art Spiegelkabinett bildete, in das die Damen sich flüchten konnten, falls durch das Tanzen etwas an ihrer Garderobe nicht in Ordnung war. Alle drei Türen hatten Vorhänge. Der Saal zeigte nur schwaches Licht, aber auf der anderen Seite hatte man einen Durchblick in die erleuchteten Räume. Wie in einem Rahmen sah man die Köpfe der Damen und Herren, die sitzenden und hingeflanzten Figuren. Man sah Lichtflecke auf dem Boden, sah alle Farben, gleichsam hingeklebt wie auf einem Gemälde; das Stück einer Säule blinkte goldig, ein venetianischer Spiegel gab einen Teil der Gesellschaft wieder. In verhaltenen Lauten drang die Musik herein.

„Nun, was gibt's denn, Herr Lorensen?" fragte sie verblüfft. „Wollen Sie mir wieder von Ihren Ateliermädchen erzählen, von Ihren Nixen und Nymphen? Wie neulich? Hören Sie, mein Lieber, das war recht deplaziert. Mit so etwas imponiert man uns Damen nicht."

Kalt wollte sie ihm ausweichen, er aber ließ sich nicht einschüchtern, sondern wiederholte seine Bitte. Den ganzen Abend über hatte sie ihn geschnitten, nun aber wollte er diese Minuten benutzen.

„Na, dann darf ich's wohl nicht wieder tun?" sagte er offen, ein wenig rot geworden bei dieser Zurechtweisung. „Setzen wir uns doch, wir hören hier alles eben so schön."

„Nein, nein, das geht nicht, man wird uns beide vermissen," erwiderte sie. „Wir haben übrigens einen, der Ihnen Ihre Heimlichkeit gründlich legen möchte. Nehmen Sie sich vor Herrn Köstlin in acht."

„Was, vor diesem Dösklopp? Der kann mir nicht das Wasser reichen."

„Sie müssen Ihre Ausdrücke besser wählen," warf sie spöttisch ein. „Sie verkehren doch schon lange genug bei uns."

„Fräulein Marianne, reizen Sie mich nicht," sagte er streng und zog sie beiseite, um sie aus der Schlinie der Tür zu bringen.

„Nein, nein, Sie sind mir ein zu loser Vogel," wehrte sie sich lachend, ohne es jedoch ernst zu meinen. „Ueberhaupt, hören Sie mal, — was Sie sich alles herausnehmen! . . . Es ist manchmal einfach komisch. So etwas schickt sich nicht in guten Häusern, Sie müssen noch sehr erzogen werden."

„So tun Sie es doch, Marianne," stieß er mit furzem Atem hervor, noch mehr benebelt durch die Sprödigkeit dieses verwöhnten Geschöpfes, das er sich erobern wollte. „Ich bin kein Leutnant, das weiß ich, aber ein Künstler, den Ihr Vater schätzt. Ich liebe Sie, Marianne, ich liebe Sie! Das sollten Sie doch schon längst wissen. Und ich werde Sie auf Händen tragen, nicht bloß mit Worten, ich bin stark! genug dazu."

Das Rotwerden war jetzt an ihr, denn diese Anspielung auf den verlorenen Bräutigam hatte sie nicht erwartet; aber besser so, wenn er es schon wußte! „Das werden Sie wohl auch nie werden," spottete sie weiter, um ihm die Belohnung für seine Unverschämtheit zu geben.

„Ein jeder auf seinem Platz," fuhr er fort. „Der eine mit blanken Knöpfen, und der andere mit hellem Kopf."

Der Wein hatte sie ebenso mutig gemacht wie ihn, und so lachte sie aufs neue unterdrückt, wobei sie einen Blick durch die offene Tür warf. „Sind Sie ein Wersel!" Als er aber noch verwegener werden wollte, hielt sie ihn mit beiden Händen von sich. „Na, na, immer hübsch artig . . . Sie denken wohl, Sie haben Ihr Haustierchen vor sich?"

Die schlimme Erfahrung mit einem andern hatte sie gewitzt gemacht, und so hatte sie sich vorgenommen, keinem in dieser Beziehung mehr zu trauen, bevor sie nicht Gewißheit hätte, daß ein ähnlicher Anhang nicht zu erwarten sei.

Nun lachte er sie heimlich aus wie der zweibeinige Fuchs, der das Hühnchen gefangen hat. Wenn es weiter nichts war, diesen Gedanken wollte er ihr schon austreiben! „Damit habe ich gar nichts zu tun, das ist Kempens Liebe," log er tapfer mit einem Körnchen Wahrheit.

„Wer's glaubt, wird fröhlich. Sie haben mir Ihren Freund ganz anders geschildert."

„Nein, nein, ich schwöre es Ihnen." Er sagte nichts mehr. Ueberzeugt von ihrer Neigung, vergaß er ganz den Ort. Kräftig faßte er sie an Scheitel und Kinn und küßte sie heiß und leidenschaftlich. Und stumm duldete sie es, gleich dem wissenden Mädchen, das vergangene Genüsse in allen Adern spürt. Schnell aber wieder zur Vernunft gekommen, flehte sie ihn an: „Gehn Sie, gehn Sie! Um Himmelswillen, gehn Sie!"

Und als er wußte, daß er sie gewonnen hatte, stahl er sich vorsichtig zur Gesellschaft zurück, die gerade aus ihrer Versunkenheit erwachte. —

Es war früh geworden. Die meisten Gäste hatten sich schon verabschiedet, nur die sehhaften waren noch um Heilke versammelt, darunter Thormeyer, Stampf, Kempen und Lorensen. Man saß in der sogenannten Trinkstube, einem kleinen, altdeutsch eingerichteten Raum, in dem das Glühlicht in schmiedeeisernen Laternen steckte. Hier war der Herrentisch, wo beim besten Tropfen getrost ein freies Wort noch fallen durfte, sobald die Damen des Hauses sich zurückgezogen hatten. Heute hatte es besonders Marianne eilig damit gehabt; in Ruhe wollte sie alles kühl überlegen und erwägen, denn der erste Liebessturm ihres Lebens war vorüber.

Heilke, hochrot vom Wein, führte wie gewöhnlich das große Wort, schimpfte auf seine Feinde und lobte alles über den Klee, was ihm besonders in den Kunstkram paßte. In solcher Nachtstunde, wo die Geister auseinanderplatzten, wurde seine Zunge lose und ging mit ihm durch; die Ateliersprache beherrschte ihn dann, die für den Salon nicht erfunden war. Und plötzlich kam er auf Walzmann zu sprechen, auf diesen Versumpften, der sich neulich heinche frech gegen ihn benommen habe. Die Bezeichnung „Hofbildhauer" wurmte ihn noch, und so ging sein Kerger in die Luft.

„Ist das vielleicht der Beethoven-Walzmann?" fragte Thormeyer, der, zum Schluß ganz träge geworden, ein Glas nach dem andern trank und die schwere Echte dabei nicht verschmähte. „Ein verrückter Kerl, der! Kenne ihn noch von der Akademie her, wo wir ihn immer den Quasimodo nannten. Lebt also noch. Merkwürdig, wie die Menschen degetieren."

„Und wie degeliert er!" warf Heilke ein, „wie ein Schwein, das sich im Schmutz wohl fühlt."

Während Lorensen sich ruhig verhielt, regte sich in Kempen der Widerspruch. „Das Unglück bringt die Menschen herunter, Herr Professor," wagte er bescheiden einzuwenden.

„Aber, ich bitte Sie — Unglück, Unglück!" fuhr Heilke ärgerlich fort. „Damit kann man doch nicht alles entschuldigen. Sein Unglück ist die Flasche. Man muß ihn nur einmal in seiner Bude sehen, dann hat man genug."

„Das kann ich nicht sagen," sprach Kempen gelassen weiter. „Eigentlich gehört er zu den Leuten, von denen man wie genug lernen kann. Ich habe manche Woche bei ihm gesianden und seine Fingerfertigkeit bewundert. Na, und da ist für mich eine ganze Menge hängen geblieben."

Thormeyer stieß ein „So, so" hervor und betrachtete ihn mit derselben Aufmerksamkeit, die er ihm seit einiger Zeit bewies. Heilke jedoch lachte und sagte mit geschraubter Gemütlichkeit: „Verzeihen Sie, aber das beweist für mich noch gar nichts. Denn sehen Sie, ich habe wirklich noch nicht den Vorzug, zu wissen, was Sie bei ihm gelernt haben. Bitte mir das nicht übel zu nehmen."

„O, das hat nichts zu sagen," erwiderte Kempen und ergriff das Glas, um auf sein Zutrinken einzugehen.

„Das sind ja alles übertriebene Dinge, die so über ihn herumschwirren," sagte Heilke wieder, „ein ganzer Rattenschwanz von Fabeln, die er selbst unter die Leute gebracht hat. Seit zwanzig Jahren reitet er auf seiner Germania herum . . . die hätte schließlich ein anderes auch gemacht. Und sein Goethe, — du lieber Himmel! Er soll den Konkurrenzbestimmungen nicht entsprochen haben, so sagt er. Lächerlich! Wenn was dran gewesen wäre, hätte man ihn gewiß kalt gestellt. Walzmann und Goethe — der Kreuzberg und der Chimborasso. Wo soll da das kongeniale Verständnis herkommen? . . . Was meinen Sie dazu, Lorensen? Sie haben doch auch ein Urteil."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110314-14/fragment/page=0006

(Lebh. Zust. b. d. Soz.) Daß eine starke sozialdemokratische Partei in diesem Hause den nötigen Druck ausübt, dafür werden die deutschen Arbeiter bei den nächsten Wahlen sorgen; Sie haben Ihr Besteß getan, um die deutschen Arbeiter aufzurütteln, und was etwa noch notwendig ist, das werden wir nachholen. (Lebh. anhaltender Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vpt.): Die früheren liebworten Bundesgenossen, Zentrum und Sozialdemokratie, schildern sich ja ganz nett. Dem Zentrum scheint das Wort des Bischofs Henle, Knecht muß Knecht bleiben, doch schwer im Magen zu liegen. (Sehr richtig! b. d. Vpt.) — Das Reichsvereinsgesetz ist gut (Widerspruch b. d. Pol. u. d. Soz.), bei uns ist man damit zufrieden, aber in Norddeutschland wird es

mißhandelt durch die preußischen Landräte.

(Lebh. Sehr richtig! links), entgegen den Erklärungen, die seinerzeit Herr v. Bethmann Hollweg in der Kommission abgegeben hat. (Hört, hört! links.) Bände könnte man füllen mit den Kniffen und Praktiken der Landräte zur

Schikanierung oppositioneller Versammlungen.

Typhus, Diphtherie, Maul- und Klauenseuche treten auf, wenn liberale Versammlungen abgehalten werden sollen, aber der Bund der Landwirte scheint gegen Maul- und Klauenseuche immun. (Große Heiterleit.) All das steht im Widerspruch mit dem Gesetz. (Zuruf bei den Soz.: Wir haben Ihnen das alles vorausgesagt.) Die Volksvertretung sollte energisch darauf dringen, daß die Reichsgesetze auch in Preußen befolgt werden. (Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Linz (Reichsp.): Die deutsche Sozialpolitik steht unerreicht in der Welt da; wir werden sie weiter führen **trotz der sozialdemokratischen Verhetzung.** (Bravo! rechts.) Freilich dürfen die Tarifverträge nicht ein Monopol für eine bestimmte Organisationsart schaffen, wie es die sozialdemokratischen Gewerkschaften wollen. (Zuruf b. d. Soz.: Es gibt keine sozialdemokratischen Gewerkschaften.) Ich meine die freien Gewerkschaften. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Das sind ja tatsächlich sozialdemokratische Körperschaften. (Lebh. Zustimmung rechts.) Die Reichsgesetzgebung muß eingreifen, um die Tarifverträge und Arbeitsnachweise

vor sozialdemokratischem Mißbrauch

zu schützen. Sehr bedauerlich ist, daß selbst manche Unternehmer sich den

sozialdemokratischen Machtgeboten

unterwerfen. Gesetzgebung, Arbeitgber, die ganze bürgerliche Gesellschaft muß sich zusammenfinden und aufraffen, gegen den

Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften

(Lebh. Beifall rechts. Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Das alte **Sammlungs-Brimborium.** Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie hat kein Recht, Zetermordio zu rufen, wenn einmal ein Arbeitgeber erklärt, daß er keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigt. (Abg. Bebel (Soz.): **Die nackte Proklamierung des Klassenkampfes!**)

Der Redner verbreitet sich dann über Mittelstandsfragen, über die spanisch-deutsche Handelsbilanz, über den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag, der trotz der Revolution in Kraft bleiben müsse (Sehr gut!) und verlangt eventuelle Repressalien gegen die Benachteiligung der deutschen Industrie durch Hochschutzzollpositionen im französischen Tarif. (Beif. rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr. — Schluß 5¾ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 13. März 1911

Aussperrung im Steinsetzgewerbe.

Die Unternehmer im Steinsetzgewerbe scheinen aus den von Unternehmern anderer Berufe mutwillig heraufbeschworenen Kämpfen keine Lehre ziehen zu wollen. Sie haben anläßlich der vor einiger Zeit eingeleiteten Lohnbewegung der Arbeiter zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen. Bis Montag mittag sind uns folgende Aussperrungen gemeldet worden: Firma Hermann Schulze, Weißenfels; Franz May, H. Tiedtke u. Throniter, Oskar Arlt in Halle. Die Herren May und Tiedtke scheinen allerdings die Urheber und Anstifter der Aussperrung zu sein. Insbesondere hat der Herr Franz May schon bei der ersten Verhandlung, die in der Lohnfrage stattfand, erklärt, daß die Unternehmer feste Beschlüsse gefaßt hätten und hiervon unter keinen Umständen abgehen würden.

Nachdem sich die im Steinsetzerberuf beschäftigten Personen von vornherein bereit erklärt haben, sich dem von einem unparteiischen Schiedsgericht zu fällenden Schiedsspruch zu unterwerfen, so kann die trotzdem erfolgte Aussperrung als ein frivol herauf beschworener Kampf bezeichnet werden. **Die Steinsetzer halten heute abend 6½ Uhr im Volkspark eine Versammlung ab, um sich mit der Aussperrung zu beschäftigen.**

Ueber den Stand der Lohnbewegung geht uns von der Verbandsleitung folgender Bericht zu: Die Steinsetzer und Berufsgenossen fordern nächst der 9½stündigen Arbeitszeit eine entsprechende Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. pro Stunde. Der Vertrag selbst soll auf drei Jahre festgelegt werden; die geforderten 5 Pf. Lohnerhöhung sollen sich möglichst gleichmäßig auf die drei Jahre verteilen. Von Unternehmerseite will man wohl die Verkürzung der Arbeitszeit gewähren, jedoch soll an Lohnerhöhung nur zwei Pfennig — einem in letzter Stunde zugegangenem Schriftstück nach drei Pfennig — bewilligt werden. Außerdem verweigern die Unternehmer die Aufnahme der Hilfsarbeiter in den Bezirkstarif. Letzterer Punkt dürfte insoweit keine Schwierigkeiten bieten, da sich die Unternehmer bereit erklärt haben, für eine Anzahl Orte des Regierungsbezirks die Lohnfrage auf lokalem Gebiete zu regeln.

Jedoch sonst schlagen die Unternehmer Bedingungen vor, die zum Teil ganz bedeutende Verschlechterungen gegen die bisherigen Zustände vorstellen. Unter anderem sollen die im Steinsetzerberuf üblichen zwei Extrapausen beschnitten werden. Bei Ueberlandarbeit mit Uebernachtung, bei welcher bisher pro Tag eine Mark Auslösung gezahlt wurde, will man künftig nur noch einen bestimmten Aufschlag für die wirklich gearbeiteten Stunden zahlen. Besondere Bestimmungen für „fremde Gesellen", resp. für „auswärtige Unternehmer", die im Regierungsbezirk Merseburg Pflasterarbeit auszuführen gedenken, sollen im Lohnvertrag Aufnahme finden. Wegen der Lieferung eigenen Handwerkszeuges bestehen jedenfalls noch Streitigkeiten, indem von den Unternehmern verlangt wird, daß jeder Geselle eine Schippe zu liefern habe. Zum Schluß wird verlangt, daß die Gesellen den Transport des eigenen Handwerkszeugs von einer Baustelle zur andern und sobald der Wechsel mit Beginn des nächsten Tages erfolgt, auf ihre eigenen Kosten zu übernehmen haben.

Die bisher gepflogenen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Insbesondere die Entlohnungsfrage bietet einen großen Differenzpunkt. Würden die im Steinsetzberuf beschäftigten Personen gezwungen werden, den Unternehmervorschlag anzunehmen, dann müßten sie volle drei Jahre mit weniger Einkommen vorlieb nehmen. Die zuständigen Unternehmerorganisationen hatten nun das Ultimatum gestellt, daß sich die beteiligten Arbeitnehmer bis zum 11. März erklären sollten, ob sie das Unternehmerangebot annehmen wollten oder nicht, **andernfalls sie die „Konsequenzen" ziehen wollen. Trotz der Drohung mit einer Aussperrung — letztere ist von einer Anzahl Steinsetzunternehmer schon seit vergangenem Herbst angekündigt — haben sämtliche Zahlstellen des Steinsetzerverbandes,** (es kommen 16 mit 550 Mitgliedern in Betracht) den Unternehmerantrag abgelehnt.

Um die Lohnfrage trotz alledem auf gütlichem Wege zu regeln, hatten die Steinsetzer und Berufsgenossen den Unternehmern den Antrag zugehen lassen, alle noch unerledigten Differenzpunkte einem unparteiischen Schiedsgericht zu überweisen.

Wie sich die Baubehörden auch bei dieser Lohnbewegung als die objektivsten der Welt aufführten, soll nur daran illustriert werden, daß eine hohe Baubehörde (Provinzial-Baubehörde??) den Unternehmern befohlen hat, mit ihren Arbeitern keine Verträge abzuschließen, andernfalls man die nötigen Maßnahmen treffen würde! Und das nennt sich neutral?

Arbeitsniederlegung.

Bei der Firma C. H. Heiland, Magdeburgerstraße, Hallesche Drahtweberei, haben sämtliche Arbeiter wegen ausgebrochener Differenzen die Arbeit niedergelegt. Es wird ersucht, Arbeitsangebote der Firma einstweilen unbedingt abzulehnen.

Wilde Streiks

fanden Ende voriger Woche in der Kohlenhandlung von **G. Pauly,** Thüringerstraße und in der Eisenhandlung von **J. A. Uhlig,** am Canenaerweg statt. Es handelte sich bei beiden Firmen um Lohnforderungen. Da aber die in Frage kommenden Arbeiter zum größten Teil unorganisiert waren und auch ohne Wissen und Willen der zuständigen Organisationsleitung vorgingen, so war das Resultat gleich Null. Es muß deshalb auch hier wieder gesagt werden: Arbeiter, wenn ihr Eure Lage verbessern wollt, dann organisiert Euch erst und sucht mit Hilfe einer starken Arbeiter-Gewerkschaft Euer Ziel zu erreichen. Einig seid ihr stark, vereinzelt aber nichts!

Bei der Firma Sternlicht,

Alter Markt, Rohprodukten-Geschäft, sind wegen Lohnforderungen Differenzen ausgebrochen, weshalb dortselbst bis auf weiteres Arbeitsangebote abzulehnen sind.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Preßgesetz und Staatsanwalt

werden gegen das Volksblatt wegen des Artikels in der Sonnabend-Nummer: Wer trägt die Schuld? aufgerufen. Es wurde in ihm der durch eigne Handlung herbeigeführte Tod eines Kellnerlehrlings im Hotel Kaiser Wilhelm besprochen und dazu die in seiner Ueberschrift angegebene Frage gestellt. Diese Frage war berechtigt und notwendig nach dem, was über die Behandlung der Kellnerlehrlinge in dem Hotel bekannt geworden war. Heute ist von zwei Seiten die Antwort darauf erfolgt. Herr Rahne, der gegenwärtig erkrankt ist, kleidet sie in die Form einer Berichtigung nach dem Preßgesetz. Die zweite Antwort erfolgt von der Halleschen Zeitung, die vorher über den traurigen Vorfall geschwiegen, jetzt aber brünstig nach dem — Staatsanwalt ruft! Davon nachher. Herr Rahne schreibt:

Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung zu Ihrem vorgestrigen Artikel: Wer trägt die Schuld?:

Es ist unwahr, daß der Kellnerlehrling von mir oder meinen Familienangehörigen oder meinen Angestellten schlechte Behandlung erfahren hat und dadurch in den Tod getrieben sei. Bösel — so heißt der Lehrling — hatte vor seinem Dienstantritt bei mir zu Weihnachten 1910 bereits vier Lehrstellen gehabt. Er ist von mir auf Bitten seines Vaters (eines Hotelbesitzers in Asleben) zur Erreichung des Lehrabschlusses aufgenommen, ist stets gut behandelt und hat auch niemals Klage über angeblich schlechte Behandlung, weder seinen Mitangestellten noch seinen Eltern gegenüber, geführt. Die Gründe des Selbstmordes liegen auf ganz anderem Gebiet, das mit seiner Dienststellung und Tätigkeit bei mir absolut nichts zu tun hat; sie sind der Staatsanwaltschaft hinreichend bekannt.

Uebrigens sind Ihre Angriffe gegen mich schon deshalb verfehlt, weil ich seit vier Wochen im Diakonissenhause krank liege.

Zum Schlusse bemerke ich, daß ich seinerzeit nicht zu 200 Mark, sondern zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt bin. Damals hat mich der betreffende Lehrling durch sein andauerndes widersetzliches und äußerst unsittliches Verhalten schließlich soweit gereizt, daß ich mich zu seiner Züchtigung hinreißen ließ, deren Erheblichkeit von Ihnen stark übertrieben ist. Fritz Rahne.

Zu dieser „Berichtigung" stellen wir folgendes fest: Es ist wahr, daß der Kellnerlehrling Bösel sich im Hotel Kaiser Wilhelm erhängt hat. Es ist wahr, daß vor einiger Zeit dort ein Kellnerlehrling mißhandelt (nicht gezüchtigt!) worden ist. Es ist wahr, daß Herr Rahne deswegen zu 100 Mk. Geldstrafe (die 200 beruht auf einem Druckfehler) verurteilt worden ist. Es ist wahr, daß der öffentliche Ankläger diese Mißhandlung für so erheblich hielt, daß er eine nicht geringfügige Freiheitsstrafe gegen Herrn Rahne beantragte. Wir haben in unserm Artikel in der Sonnabend-Nummer nicht behauptet, daß der Kellnerlehrling Bösel schlecht behandelt worden ist. Wir haben nur gefragt, wer an seinem Tod schuld ist. Und haben das in einer Form getan, wie sie nach den bisherigen Erfahrungen gerechtfertigt und geboten war. Unser Angriff gegen Herrn Rahne ist deswegen nicht verfehlt, weil wir uns auf Erfahrungen über seine Person stützen, die sich vor seinem Krankfein ergeben haben. Sollen wir Herrn Rahne schonen, da er doch selbst den Toten mit dem Staatsanwalt in Verbindung bringt? — —

Nun zu der ehrsamen Halleschen Zeitung, deren altbekannte Gemeinheit sich bei diesem Falle zur hündischen Niedertracht steigert. Daß sie seinetwegen tollwütig eine Giftsalve auf das Volksblatt loszischt, ist so selbstverständlich, daß mit der Erwähnung dieser Tatsache eigentlich schon zuviel getan ist. Interessanter ist, daß sich diesmal bei ihr die ausgewachsene journalistische Schamlosigkeit so weit versteigt, eine veritable Fälschung mit einer haßerfüllten Denunziation zu verbinden. Während das Volksblatt schrieb:

„Bei Herrn Rahne verkehrt die „Hautevolée" von Halle, verkehren Offiziere, Staatsanwälte, Richter. Er besitzt Ehrentitel der bürgerlichen Gesellschaft. Wie ist es möglich, daß diese Gesellschaft arme Knaben ausbeuten, übermüden, zur Verzweiflung treiben läßt? Müßte diese Gesellschaft nicht mindestens Aufklärung verlangen über das Schicksal der Kinder, die da verkommen?"

fälscht die Hallesche Zeitung daraus:

„. . . auch die Gäste jener Gastwirtschaft werden, weil sie nicht den Kreisen des Volksblatts zugehören, dem Haß eben dieser Volksblattkreise ausgeliefert, indem das saubere Blatt schreibt: „Wie ist es möglich, daß diese Gesellschaft („Offiziere, Staatsanwälte, Richter") arme Knaben ausbeuten, **übermüden, zur Verzweiflung treiben läßt?**

Und an diese hundsgemeine Fälschung knüpft das moralisch verfaulte Organ folgende Denunziation:

„Mit dem Schmutz und der Gemeinheit, wie sie das Volksblatt darstellt, läßt sich ein reinlicher Mensch begreiflicherweise nicht gern ein, ob aber „Staatsanwälte und Richter", die als moralische Mitschuldige am Tode des Kellnerlehrlings sehr deutlich bezeichnet werden, auch das so hinnehmen werden, glauben wir billig bezweifeln zu müssen."

Ueber den Wert der Denunziation kein Wort mehr. Daß sie einem verwirrten Kopfe entsprungen ist, beweist die Gegenüberstellung von reinlichen Menschen und — Richtern und Staatsanwälten!! Wir glauben billig bezweifeln zu müssen, daß den Richtern und Staatsanwälten die solchermaßen beschaffene „Vorarbeit" der Halleschen Zeitung angenehm ist. — —

Ein mißlungener Freundschaftsdienst.

Auf das gespannte Verhältnis zwischen den hiesigen kassenfeindlichen und kassenfreundlichen Aerzten zurückzuführen ist eine Anzeige und Anklage, die am Sonnabend vor dem Schöffengericht gegen den 50jährigen praktischen Arzt Dr. Georg Drechsler zur Verhandlung kam. Er soll im Juli v. J. durch Verordnung von allzu großen Dosen Kodein (Gift) und nicht genügende Erkundigung bei der Patientin die fahrlässige Körperverletzung der Frau des Buchhalters Schmidt verschuldet haben. Am 23. Juli erkrankte die in der Landsbergerstraße wohnende 32jährige Frau und klagte über Husten und Stechen in der Lunge. Ihr Mann ging zu dem Arzt Dr. Switalsky, der erklärte, er könne nicht kommen, da der Krankenkassenstreit vorliege. Der Mann ließ dann den Arzt Dr. Drechsler rufen, der die Patientin gründlich untersuchte und ihr eine Kodeinmischung verordnete, die zwei- bis dreimal stündlich einen Eßlöffel voll genommen werden sollte. Nebenbei wurden Umschläge verordnet. Nach dem Einnehmen der Medizin will die Frau Angstgefühle usw. bekommen haben. Dr. Drechsler hatte der Patientin gleich bei dem ersten Besuche gesagt, sie möchte sich doch, wenn eine Verschlechterung des Zustandes eintreten sollte, um einen in der Nähe der Landsbergerstraße wohnenden Arzt bemühen, da er von der Patientin zu weit entfernt wohne. Sie könnte sich vielleicht an Dr. Göbel wenden. Da aber eine weitere Verschlechterung des Zustandes eintrat, wurde Dr. Drechsler wiederum konsultiert, der dann nicht kam, aber einige Aspirinpulver mit einer kleinen Mischung Morphium verordnete. Die Patientin wurde dann nochmals angewiesen, sich an Dr. Göbel zu wenden, der ebenfalls zuständiger Kassenarzt sei. Nach den Pulvern will die Frau dann erst tüchtig krank geworden sein.

In der Nacht zum 26. Juli verschlimmerte sich der Zustand derartig, daß der Ehemann Schmidt gegen 1 Uhr wieder nach dem Dr. Switalsky lief und ihn bat, doch endlich eine Ausnahme zu machen und zu seiner Frau zu kommen, die sehr schwer darniederliege. Dieser Arzt lehnte aber wiederum ab, mit dem Hinweise, er dürfe nicht kommen. Erst auf nochmaliges Ersuchen erklärte sich der Arzt, der auch gleich darauf hinwies, verpflichtet zu sein, ein höheres Honorar zu fordern, als die anderen Aerzte, bereit, einen Notbesuch zu machen. Ueber den Befund der Patientin äußerte sich Dr. Switalsky an Gerichtsstelle in etwa folgender Weise: Die Patientin litt an Angstideen, ihre Pupillen seien sehr beengt gewesen, was auf eine Vergiftungserscheinung schließen ließ und der Puls sei sehr schwach gewesen. Er habe Herzschwäche festgestellt und es hätte eine Gefahr vorgelegen, nach der er annehmen konnte, die Frau könne zugrunde gehen. Sie befand sich im bewußtlosen Zustande. Er habe dann Kaffee und Mehlsuppe verordnet und mittels Senfpapierauflegungen die Frau wieder zum Bewußtsein zurückgebracht. Gegen die von Dr. Drechsler verordnete Medizin habe er Bedenken gehabt und dem Manne der Kranken gesagt, er solle die Medikamente nicht weiter geben. Er sei dann weggegangen, habe gesagt, daß das nur eine Nothilfe war und daß er nicht wiederkomme. Am anderen Tage habe er sich dann in der Apotheke das Rezept geben lassen und gesehen, daß die Maximaldosis Kodein verordnet war. Bei solchen Verordnungen sei für die Apotheker ein Ausrufungszeichen auf dem Rezept anzubringen, damit der Apotheker wisse, der Arzt handle mit voller Ueberlegung. Das übliche Ausrufungszeichen habe gefehlt. Zeuge habe dann den Fall Nothilfe dem Aerzteausschuß melden müssen und nach einem Vierteljahre sei er dann **von der Polizei** dazu bewogen worden, über den Fall Bericht zu erstatten.

Der Angeklagte, dem besonders zum Vorwurf gemacht wird, daß er die Patientin, als keine Besserung eintrat, nicht noch einmal besucht habe, erklärte hierzu, sie wohnte außerhalb seines Bezirkes und er denke seine Pflicht getan zu haben, daß er sie an einen anderen Arzt wies. Die Maximaldosis Kodein habe er zur Linderung der Schmerzen und des Hustens verordnet. Er habe aber nicht damit gerechnet, daß die Patientin die ganze Flasche voll einnehmen würde. Das Ausrufungszeichen auf dem Rezept habe er allerdings vergessen. Wenn ein Arzt einmal etwas versehe, dann komme es aber doch wohl darauf an, ob man ein solches Versehen wohlwollend oder entgegengesetzt betrachte. Die Anzeige sei wohl doch mit auf das gespannte Verhältnis der beiden Ärzteparteien zurückzuführen.

Das Ehepaar Schmidt bestätigt das über den Verlauf der Krankheit bereits Gesagte. Die Frau will einem jugendlichen Zeugen, der damals auch gerade an Husten litt, „ein bißchen" von der Medizin gegeben haben. Der arme Junge sei danach sehr krank geworden und habe derartig Schweiß bekommen, daß er „wie aus dem Wasser gezogen" ausgesehen hätte. Die Medizin habe wahrlich nicht gut gewirkt. Der Ehemann Schmidt meinte: „Meine Frau kochte und es fror ihr dabei." Nach der Behandlung habe der Arzt Dr. Switalsky gemeint: „Wäre ich eine halbe Stunde später gekommen, wer weiß, was möglicherweise mit Ihrer Frau passiert wäre." — Die Patientin ist schließlich von dem Arzt Dr. Göbel weiter behandelt und in einigen Tagen geheilt geworden. Dieser Arzt meint, der nächtliche Anfall der Frau Schmidt könne wohl nicht so schlimm gewesen sein, wie er dargestellt worden ist. Am anderen Tage sagte sie: „Herr Doktor, es geht heute bedeutend besser." Er habe nur zwei oder drei Besuche gemacht, auch Morphium verordnet und die Maximaldosis Kodein des Kollegen Dr. Drechsler nur etwas zu hoch befunden. Frau Schmidt sagte aber, sie hätte das Vertrauen zu den Drechslerschen Verordnungen verloren.

Auf die vom Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Krahmer, an den Zeugen Dr. Switalsky gerichtete Frage, ob er auch über einen seiner Kollegen — gemeint sind damit die streikenden Aerzte — berichtet hätte, wenn dieser falsch rezeptiert oder praktiziert hätte, entgegnete Zeuge zunächst ausweichend. Dann meinte er: „Unter Umständen ja." Gewisse Vergiftungsfälle müsse er schon als Mensch zur Anzeige bringen. Er selbst habe die Sache überhaupt nicht der Polizei gemeldet und nur pflichtgemäß dem Aerzteausschuß Bericht erstattet. Er glaube aber auch auf den Angeklagten **Rücksicht genug geübt zu haben.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110314-14/fragment/page=0007

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung des Falles war das, was der Gerichtsarzt Prof. Dr. Schulz als Sachverständiger aussagte: Kodein werde aus Opium gewonnen und dürfe nicht in größeren Mengen als drei Dezigramm auf einmal von Aerzten verschrieben werden. Diese Menge war, auf drei Tage berechnet, verordnet. Die Berechnung des Mittels ist so üblich; das Kodein wirkt hustenreizmildernd und wird auch von anderen Aerzten verordnet. Fehlt allerdings auf dem Rezept bei den Maximaldosen das übliche Ausrufungszeichen, so ist der Apotheker verpflichtet, sich sofort mit dem Arzt telephonisch in Verbindung zu setzen, oder das Rezept zurückzuweisen. (Das scheint merkwürdigerweise nicht geschehen zu sein. D. V.) Was die Aerzte in der Sache gesagt haben, möge man ausscheiden und mehr Gewicht auf die Angaben der Frau Schmidt legen. Daß die Kodeinwirkung Angstgefühle hervorgerufen habe, ist möglich. Der Zustand in jener Nacht sei aber hauptsächlich auf die Wirkung des Aspirins zurückzuführen. Jene Verordnung mit der sehr kleinen Menge Morphium sei aber einwandfrei gewesen. Nach alledem lasse sich nicht mit Sicherheit sagen, ob durch die Einnahme der Medizin eine Gesundheitsschädigung der Patientin eingetreten sei.

Hiernach erkannte das Gericht auf die von dem Amtsanwalt und Verteidiger beantragte Freisprechung. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Begründet wurde die Freisprechung mit dem Gutachten des Sachverständigen. — Der Verhandlung, die sich sehr umfangreich gestaltete, wohnten mehrere Aerzte bei. Ganz besonders hervorgehoben zu werden verdient die Haltung der Polizei, die erst den Dr. Switalsky zur Anzeige veranlaßte. Sollte dadurch Material zu dem Aufsehen erregenden Eingriff des Magistrats in die Selbstverwaltung der hiesigen Krankenkassen herbeigeschafft werden? Ferner ist interessant, daß Dr. Switalsky über einen streikenden Kollegen nur „unter Umständen" an den Aerzteausschuß berichtet haben würde. Also sollte in diesem Falle, wo unter allen Umständen berichtet worden ist, nicht die ärztliche Kunst, sondern der Streik des Leipziger Aerzteverbandes gerettet werden.

---

* **Achtung, Arbeiterturner!** Des Theaterabends halber findet die Dienstag-Turnstunde der 1. Abteilung schon heute Montag im Volkspark statt.

* Die **Nationalliberalen** wollen, wie gemeldet wird, ihren sächsischen Provinzialvertretertag am Sonntag, den 2. April in Halle abhalten. Dr. Friedberg und Schiffer wollen kommen, Bassermann nicht.

* **Vom geplanten Theaterunternehmen** in der Schmeerstraße wird jetzt näheres berichtet. Es hat sich ein Konsortium gebildet, das zunächst ein für diesen Zweck passendes Theatergelände gefunden hat, nämlich das etwa 2500 Quadratmeter große Terrain, auf dem die Häuser Schmeerstraße 21, 22, 23, 24 und 25 und der dahinter liegende Schülers- und Bechershof stehen. Der Mitbegründer dieses Theaterunternehmens, Herr Max Birnholz, gilt als ein erfahrener Theaterpraktiker. Da bei diesem Theaterneubau darauf Wert gelegt werden muß, daß das Bühnenhaus mit allen technischen Neuerungen, und das Innere mit den modernsten und geschmackvollsten Einrichtungen versehen werden soll, so hat sich das Gründerkonsortium mit dem Theatererbauer, Architekt A. v. Goedecke-Berlin, in Verbindung gesetzt. Das Unternehmen ist als ein Lustspiel- und Schauspielhaus für etwa 800 Personen mit einem Geschäftshaus in der Schmeerstraße gedacht. Die Kosten für den Gesamtrohbau betragen 223 000 Mk., der Theaterausbau 200 000 Mk., Bureau bezw. Geschäftshaus und Magazingebäude-Ausbau 85 000 Mk., sonstige Ausgaben 49 500 Mk., in Summa 557 500 Mk. Dazu kommen die Erwerbung der zahlreichen Gebäude mit 1 170 000 Mk. einschl. aller Abgaben und die Zinsen vom Anlagekapital mit 85 000 Mk. Nach Abzug aller Unkosten wird ein Ueberschuß von insgesamt 82 875 Mk. ausgerechnet (beim Bau 18 000 Mk., beim Theater 64 875 Mk.) so daß 5 Prozent gewährleistet werden können. Die betreffenden Hausbesitzer sind bis zum 1. Juli an den Vertrag gebunden, der mit ihnen geschlossen.

* **Wiederbelegung eines Friedhofsquartiers.** Das auf dem Nordfriedhofe belegene Quartier B, in welchem in der Zeit vom Februar 1887 bis Mai 1889, und die Reihen 25 bis 30 des Quartiers A, in denen im Jahre 1889 Erwachsene beerdigt worden sind, gelangen von Ende April 1911 ab zur Wiederbelegung. Die Weitererhaltung von Reihengräbern für eine weitere Begräbnisperiode kann gemäß § 16 der Begräbnis-Ordnung vom 31. August 13. Oktober 1887 gestattet werden. Anträge sind unter genauer Angabe der Nummer und Reihe des Grabes bis zum 15. April 1911 an die Friedhofsverwaltung einzureichen. Später eingehende Anträge können keine Berücksichtigung finden.

* **Stadttheater.** Am Dienstag wird die prächtige Sommernachtstraum-Aufführung, die anläßlich Schollings Benefizes dem Publikum durch stimmungsvolle Inszenierung und gutes Spiel aller Mitwirkenden hervorragend gefiel und den Shakespear'schen Humor vorzüglich traf, wiederholt, und zwar mit der gesamten Musik von Mendelssohn-Bartoldi. Die Kammersängerin Margarete Siems, welche am Mittwoch zum ersten Male auf der Bühne unseres Stadttheaters in der Titelpartie von La Traviata (Cameliendame) auftritt, hat in diesen Tagen viel von sich reden gemacht. Herr Dr. Loewenfeld, der neue Leiter des Hamburger Stadttheaters hat nämlich der Künstlerin einen Antrag an sein Kunstinstitut mit einer Jahresgage von 60 000 Mk. gemacht, ein Gehalt, daß an keiner Bühne Deutschlands bisher gezahlt worden ist. Exzellenz Graf Sebach hat aber die Entlassung aus dem noch bestehenden Dresdener Vertrag nicht genehmigt. Frl. Siems hat gerade in letzter Zeit wieder ganz bedeutende Erfolge errungen. So sang sie in Berlin wiederholt mit Auszeichnung; aber auch ihre Gastspiele in den letzten Tagen in Prag und Breslau glichen einem Triumphzug ohnegleichen. Ueber ihre Traviata schreibt ein Breslauer Blatt anläßlich ihres ersten Auftretens in Breslau: „Margarete Siems, das ist nicht mehr und weniger als die deutsche Prevosti im Vollglanz eines üppigen, leuchtenden Soprans von seltener Schönheit und Empfindungsgehalts. Ihre königlichen Stimmmittel verwendet die Künstlerin mit ganz eminenter technischer Meisterschaft." Ein anderes schreibt: „Die Zuhörerschaft befand sich am Schlusse des ersten Aktes in einer Art musikalischem Rausch über die beseelte Schönheit dieser kunstgeübten Stimme, die hier aber nicht Selbstzweck, sondern einer höheren Idee, nämlich der Darstellung des bewegten Innern eines Menschenherzens, dienstbar gemacht war".

Donnerstag wird Glaube und Heimat zum vierten Male wiederholt. Freitag Königskinder.

* **Ein Kind überfahren.** Am Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr wurde auf der Chaussee nach Bruckdorf, hinter dem Sportpark, ein etwa sechs- bis siebenjähriges Kind überfahren. Das Kind, welches den Fußballspielen zuschaute, lief direkt gegen den Wagen, es wurde am Kopfe verletzt. Seine Mutter und der Wirt des Sportparkes brachten es nach dem Bergmannstrost.

* **Betrug.** Bei den Halleschen Röhrenwerken erschien am Freitag, als dem Lohnauszahlungstag, ein Mann, der einen Brief überbrachte des Inhalts, daß man ihm den für einen angeblich erkrankten Arbeiter bestimmten Lohn übergeben möge. Das geschah, doch nachher meldete sich der wirkliche Lohnempfänger zur Nachtschicht, der von dem Briefe keine Ahnung hatte.

Könnern. Ein entarteter Mensch. **Der Korbmachermeister Wilhelm Zehrt in Könnern war angeklagt, sich im vergangenen Jahre gegen sechs Schulmädchen und ein Dienstmädchen teils durch unsittliche Handlungen, teils durch gemeine Reden und Bedrohungen vergangen zu haben. Ferner soll er sich noch in drei Fällen der Erregung öffentlichen Aergernisses schuldig gemacht haben. Er behauptete, die Beschuldigungen seien lediglich böswillige Erfindungen, veranlaßt durch Feindschaft wegen eines vorausgegangenen Prozesses.** Er ist ein 50jähriger verheirateter Mann. Nach ärztlichem Gutachten ist er nicht ganz normal, aber nur geistig minderwertig, nicht unzurechnungsfähig. Nach mehrstündiger Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde er zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Osendorf, Ammendorf, Radewell und Umgegend. Eine öffentliche, vom Freidenkerverein Halle einberufene Versammlung findet am Dienstag, den 14. März, abends 8½ Uhr, im Dreierhaus zu Osendorf statt. Genosse Arbeitersekretär Bernh. Menke-Dresden spricht über Christentum und Klassenstaat. Die Pfarrer und Lehrer der Elsterdörfer sind zu der Versammlung schriftlich eingeladen.

Stadt-Theater.

Sommernachtstraum. Von William Shakespeare. Die Sitte der Benefize paßt nicht mehr in das moderne Theatergetriebe. Das ist an dieser Stelle so oft dargelegt worden, daß dazu nichts mehr geäußert zu werden braucht. Ueberdies bescherte uns heuer das Benefiz des Oberregisseurs Scholling eine so stimmungsvolle Aufführung des Sommernachtstraums, daß wir schon deswegen uns diesmal bescheiden wollen. Namentlich der zweite Akt und das Zwischenspiel dieses sinnigen aber fröhlichen Fabelspiels wurden am Sonnabend glänzend herausgebracht. Szenerie (auf die just in Sommernachtstraum soviel ankommt), Darstellung und Musik verwoben sich zu einem Bilde voll so sinniger Grazie und anmutiger Märchenpracht, daß auch der finsterste Griesgram Aufheiterung gefunden haben dürfte.

Diese sorgfältig vorbereitete Zusammenwirkung ist ein Erfolg der Regie Schollings, wobei bemerkt sein möge, daß wir oft Gelegenheit hatten, die feine Bühnentechnik des Benefizianten zu loben. Einzeldarsteller möchten wir in ihren Leistungen nicht herausgreifen. Sie alle trugen zum Gelingen des Ganzen nach Kräften bei. Das Orchester unter der Leitung Riedels ist zu loben. Besonders der Einzugsmarsch gefiel. Der Benefiziant, der in der Partie des Egeus mitwirkte, konnte über die entsprechenden Ehrungen quittieren.

Aus den Nachbarkreisen.

Helbra. Drei Bergleute durch Sprengschüsse getötet! Am Sonnabend nachmittag verunglückten auf dem Vitzthumschacht bei Polleben drei Bergleute durch Sprengschüsse; sie waren sofort tot. Die drei verunglückten Bergleute heißen August Rübesam aus Helbra, Heller und Otto Schmidt aus Volkstedt. Drei Witwen und eine Anzahl kleiner Kinder beweinen den Tod ihrer Ernährer. Das sind nun innerhalb 3 Wochen 5 Tote auf ein und demselben Reviere. In Anbetracht dieser traurigen Unglücksfälle, die 5 in dem besten Mannesalter stehende Bergleute dahinraffte, drängt sich jedem unwillkürlich die Frage auf, wie ist denn das nur möglich, welche Ursachen liegen da zugrunde? Die Antwort ist leicht gegeben. Schuld an den Massenunglücken ist die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft, die Lohndrückerei und das dadurch bedingte Antreiben der Grubenarbeiter. Um das menschenmöglichste zu leisten, mehr Schiefer zu fördern, müssen die Arbeiter gegen die Bergpolizeivorschriften verstoßen. blindlings drauflos schuften, um das Notwendigste zum Lebensunterhalt zusammen zu hasten. Der Eisleber Bergbote schrieb vor kurzem, als die zwei aus Vatterode stammenden Bergleute in Westfalen zu Tode kamen: „Ja, wären die armen, von den sozialdemokratischen Hetzern Verführten in Mansfeld geblieben, so lebten Sie vielleicht heute noch!" Mit demselben Rechte könnte man heute sagen: „Ja, wenn die Leute nicht nach dem Unglücksrevier verlegt worden wären (denn tatsächlich sind alle 5 erst kürzlich nach dort verlegt), so lebten sie heute auch noch." Mit Verunglückten beschäftigt sich das Eisleber Hurrablättchen überhaupt sehr wenig, hingegen wenn eine reichstreue Versammlung stattgefunden hat, bringt er das, was die Beamten erzählt haben, ziemlich ausführlich. Oder wenn einer von den oberen Zehntausend die Welt verläßt, hüllt sich der Bergbote in Trauer. Das war dann ein tüchtiger Mann, weil er sein Leben lang nichts getan hat als Dividende geschluckt und die Arbeiterschaft niedergeknüppelt.

Am Freitag wurde in der Frühschicht der 17jährige Bergjunge L. Fanserek aus Klostermansfeld auf dem Zirkelschachte durch niedergehendes Gestein so schwer an der rechten Hand verletzt, daß seine Aufnahme in das Hettstedter Knappschaftskrankenhaus angeordnet worden ist.

Am Donnerstag nachmittag geriet der Bergmann Worbis aus Bischofrode in das Getriebe des Schiefersiebes, welches ihm den Arm gänzlich zermalmte. Der Verletzte fand Aufnahme im gewerkschaftlichen Krankenhause, wo der Arm abgenommen werden mußte.

Ein Schaudern erfaßt einem angesichts dieser Opfer kapitalistischer Ausbeutung.

14. 3. 11

Schkeuditz. Aus der Kürschnerbewegung. Am Freitag tagte im Lindenhof eine überfüllte Volksversammlung, welche sich mit dem Stande der Aussperrung beschäftigte. Genosse Grenz-Leipzig sprach mit gutem Erfolg über die Aussperrungsgelüste des Unternehmertums. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen zuteil. Genosse Oelsner referierte dann über den jetzigen Stand der Aussperrung im Kürschnergewerbe. Bei den Schiedsgerichtsverhandlungen forderte man von den Kürschnern, man solle die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen fallen lassen, dann erst wäre Aussicht auf Zurücknahme der Aussperrung vorhanden. Die Kürschner wissen genau, was die Unternehmer damit bezwecken wollen und lehnten das Ansinnen ab. Die einzelnen Ortschaften versuchten nun, die ganze Frage örtlich zu regeln und riefen zu diesem Zwecke den Bürgermeister als unparteiischen Schiedsrichter an. Alle Unternehmer, mit Ausnahme des sehr gebildeten Herrn Müller, erklärten schriftlich, daß dies Sache ihres Verbandes wäre. Das Vorgehen dieses früheren Kürschnergesellen gefiel selbst dem Bürgermeister nicht. Sonst hat der Kampf an Schärfe zugenommen. So ist z. B. jeden Abend zu beobachten, daß sich auf dem Marktplatze 400—500 Menschen ansammeln, um **drei** Streikbrecher, welche unter dem Schutze von **fünf Schutzleuten und eines sehr schneidigen Gendarmen** nach der Herberge gebracht werden, anzusehen. Diese Ansammlungen und das Vorgehen der Schutzleute hat zur Folge, daß die Strafbefehle nur so hageln. Die Streikleitung fordert auf, diesen Ansammlungen fernzubleiben. Interessant ist, daß an den Ansammlungen auch sehr viele bürgerliche Leute teilnehmen. Die Mitteilung, daß auch die Frau des Polizeikommissars daran teilnehme, löste ungeheure Heiterkeit aus.

In der Diskussion, an welcher sich die Genossen Rößler und Sämisch beteiligten, wurde das Vorgehen der Schutzleute scharf verurteilt, weil dasselbe in gar keinem Einklange mit den Ausführungen des Bürgermeisters steht. So wurde auch die Frage aufgeworfen: Wer ist denn nun eigentlich der Chef der Polizei? Das die Polizei nicht alles sieht, wenn es sich um die zweifelhaften Elemente handelt, beweist, daß erst auf Veranlassung der Streikleitung einem Streikbrecher der Revolver abgenommen worden ist. Genosse Schulze ersuchte nochmals, den durch die Polizei verursachten Ansammlungen fernzubleiben und die bürgerlichen Leute unter sich zu lassen. Hierauf schloß er die von großer Zuversicht getragene Versammlung.

Zörbig. Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik Gebr. Schmidt legten wegen Lohnreduzierung zehn Arbeiter die Arbeit nieder. 45 Arbeiter und Arbeiterinnen erklärten sich solidarisch und reichten ihre Kündigung ein. — Zuzug nach dieser Fabrik ist aufs strengste zu vermeiden.

Allerlei.

Auf rätselhafte Weise verschwunden

ist auf dem Dampfer Bremen des Norddeutschen Lloyd während der Ueberfahrt von Newyork nach Deutschland der Kaufmann Johann Girmes aus Krefeld. Der Dampfer ist am 4. März in Bremerhaven eingetroffen, doch wurden die Krefelder Angehörigen des Verschollenen erst vor wenigen Tagen von dem rätselhaften Verschwinden Girmes' in Kenntnis gesetzt. Girmes, der Teilhaber eines Seidenappreturgeschäftes ist, war etwa ein Jahr lang von Deutschland abwesend und wollte sich nun wieder zu seinen in Krefeld wohnenden Angehörigen zurückbegeben. Seit der Nacht vom 1. zum 2. März ist er nun plötzlich kurz vor Scilly-Island von dem Dampfer verschwunden. Der Kapitän stellte sofort alle erdenklichen Nachforschungen an, die jedoch resultatlos blieben. Es blieb unaufgeklärt, ob Girmes Selbstmord begangen hat oder das Opfer eines Unglücksfalles oder gar eines Verbrechens geworden ist. Da er an Bord stets fröhlicher Laune war, so ist nach Ansicht seiner Mitreisenden kaum anzunehmen, daß er Selbstmord verübt hat. Es ist also die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Girmes das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Bremerhaven, 12. März. Das hiesige Seeamt beschäftigte sich gestern mit der Angelegenheit des vom Lloyddampfer Bremen verschwundenen Kaufmanns Girmes. Das Seeamt vermochte den Fall nicht zu erklären. Es konnte nur feststellen, daß irgend ein Verschulden der Schiffsleitung an dem Verschwinden des Kaufmanns oder ein Mangel der Schiffseinrichtungen nicht vorliegt. Obwohl die Indizien für ein Verbrechen nicht gegeben sind, ist nach Ansicht des Reichskommissares doch die Möglichkeit eines Verbrechens nicht ganz von der Hand zu weisen. **Die Akten wurden der Staatsanwaltschaft übergeben.**

Die Polizei und der Hosenrock.

Die als Hüterin für „Ordnung, Zucht und Sitte" unentbehrliche Polizei erblickt in der neuesten Geschmacksverirrung der weiblichen Mode, dem Hosenrock, eine sittliche Gefahr und macht allerorts Jagd auf ihn. In Dresden hatte sich die Operettensängerin Lilly Bauer vom Intimen Theater in Hamburg für den Hosenrock „ins Zeug" gelegt und in einem Kabarett die verdienstvolle Tat unternommen, die nicht nur von der Polizei geächteten Pantalons populär zu machen. Die Polizei hat der unternehmungslustigen Sängerin das Tragen des „anstößigen" Kleidungsstückes jetzt mit der geistreichen und echt sächsisch-polizeilichen Begründung untersagt — daß der Hosenrock für das Kabarett „unstatthaft" sei... Eine wirklich tiefsinnige Begründung! Wem sie nicht genügt, der mag sich in Demut und Ergebenheit mit der Tatsache abfinden, daß es in Deutschland nun einmal ausschließlich Sache der Polizei ist, souverän darüber zu entscheiden, was statthaft und was „unstatthaft" ist.

Ein schreckliches Familiendrama

hat sich in der Nacht zum Sonntag im SO. von Berlin, in der Waldemarstraße 67, abgespielt. **Die 30jährige Kutschersfrau Mathilde Runge vergiftete ihre drei Kinder** im Alter von 6, 4 und 3 Jahren mit Zyankali. Während die beiden jüngsten der Kleinen, zwei Knaben, den mit der Zyankalilösung vergifteten Kaffee tranken und sofort darauf starben, brachte die Mutter dem dritten den Trank gewaltsam bei. Von ihrem ursprünglichen Entschluß, den Kindern in den Tod zu folgen, nahm die Frau nach dem Vollbringen der Tat Abstand und stellte sich gestern selbst der Polizei. Als Motiv zu dem furchtbaren dreifachen Mord erklärte Frau Runge bei ihrer Vernehmung, ihr **unglückliches Familienleben und die Furcht vor Gewalttätigkeiten (!) ihres Mannes.**

Kleines Allerlei. Folgenschwere Explosionen. Im Ternitzer Eisenwerk von Schoeller u. Co. (Niederösterreich) ereignete sich in den Gußwerkstätten **eine Aluminium-Explosion. 1 Arbeiter wurde getötet, 4 wurden lebensgefährlich und 3 leicht verletzt.** — In einem Pariser Laboratorium explodierte plötzlich eine Bombe in der Hand eines Feuerwerkers. Der Bedauernswerte wurde **gänzlich in Stücke gerissen.** Mehrere seiner Kollegen erlitten **lebensgefährliche Verletzungen.** — Bei der **Gatunschleuse am Panamakanal** fand ein weiterer bedeutender Erdrutsch statt. **Drei Personen wurden getötet,** mehrere verletzt. — An der Küste von Sizilien ist **ein griechischer Dampfer** infolge des Sturmes **untergegangen. Vier Mann der Besatzung sowie ein Passagier sind ums Leben gekommen.** Der Kapitän und die übrigen Matrosen konnten gerettet werden. — Der geohrfeigte Tenor. Im Wiener Johann Strauß-Theater kam es Sonnabend abend auf offener Szene zu einem skandalösen Auftritt. Der Tenorist Treumann erhielt von der Operettensängerin Lyra eine Ohrfeige, weil er ihr eine Beleidigung zugeflüstert hatte.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

Unstrut und Saale.

					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpeg.	11. März	+1,22	12. März	+1,14	0,08	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,10	„	+2,22	—	0,12
„ Unterpegel	„	+1,86	„	+1,82	0,04	—
Weißenfels, Oberpg.	„	+2,80	„	+2,78	0,02	—
„ Unterp.	„	+1,46	„	+1,32	0,14	—
Trotha	„	+3,24	„	+3,10	0,14	—
Alsleben, Oberpegel	„	+2,88	„	+2,84	0,04	—
„ Unterpegel	„	+2,95	„	+2,80	0,15	—
Bernburg	„	+2,50	„	+2,40	0,10	—
Kalbe, Oberpegel	„	+2,11	„	+2,06	0,05	—
„ Unterpegel	„	+2,61	„	+2,45	0,16	—

Elbe.

					Fall	Wuchs
Dresden	11. März	+0,37	12. März	+0,20	0,17	—
Torgau	„	+2,86	„	+2,72	0,14	—
Wittenberg	„	+3,76	„	+3,63	0,13	—
Roßlau	„	+3,62	„	+3,44	0,18	—
Barby	„	+3,92	„	+3,77	0,15	—
Magdeburg	„	+3,34	„	+3,24	0,10	—

Sprechstunde der Redaktion von ½12 bis ½1 Uhr.

Berichtigung.

In unserem Inserat vom Sonnabend soll es unter anderem richtig lauten:

Lockennadeln . . . . 2 Pakete 1 Pfg.

Lockennadeln Preciosa mit umgebogenem Kopf . . . . Pack 4 Pfg.

Leopold Nussbaum,

Grosse Ulrichstrasse 60/61.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110314-14/fragment/page=0008